

47. Jahrgang

4-2014

€ 4,50

FLÜCHTLINGE -
KEIN RAUM IN DER HERBERGE

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Ihr da draußen...

Inhalt

Kolumnen

3 Hermann Schulz
Der Kanal – Wie ein regierendes Ehepaar in die Geschichtsbücher kommen will

4 Wolfgang Belitz

„Wachstum und Beschäftigung“
Schwerpunkt: FLÜCHTLINGE – KEIN RAUM IN DER HERBERGE

5 Johannes de Kleine
Hoffnung Europa – eine Fluchtgeschichte

Menschenorte 24

6 Mariola Kozaronek, Beatrix Ries, Hartmut Dreier, Manfred Walz

Aus Armenien ins Ruhrgebiet: Mutter mit Achtjährigem – fünf Jahre Odyssee – zehn Länder

7 Wolf-Dieter Just
Die Festung Europa

9 Jürgen Klute
Flüchtlingspolitik in Europa in der Konfrontation zwischen EU-Parlament und EU-Rat

10 Giusi Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa
Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden? – und – Der Papst sagt in Lampedusa:

11 Arian Schiffer-Nasserie
Noch ein „Flüchtlingsdrama“? Schon wieder eine „Katastrophe“? Die toten Flüchtlinge sind die unvermeidlichen Opfer dieser Weltordnung

12 Kirsten Eichler
Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina – Die Flüchtlinge aus den angeblich sicheren Herkunftsländern

13 Peter Strege
zerrissenes subjekt, ihr, du und ich: jede(r)

14 Silke Niemeyer
Hart an der Grenze
Über die Konsistenz deutscher Flüchtlingspolitik

15 Hanim Cigdem
Die andere Wohlstandsgrenze

16 Birgit Naujoks
Gegenbewegungen: Zivilgesellschaft und Gerichte gegen die Aushöhlung von Menschenrechten

1WURF

18 Gebremeskel Fesseha
Exodus unserer Kinder

Palästina

20 Noam Chomsky, 1.8.2014, aus „Outrage-re-Gaza“
„Normalität“ in Gaza und Westbank – ungeheuerlich

Ruhrgebiet

23 Manfred Walz
Wie wird die Zukunft des Ruhrgebiets geplant?

Beilagenhinweis

- die AMOS-Jahresgabe 2014 ist im hinteren Teil des Heftes eingelegt
- einem Teil der ABO-Auflage liegt bei: Ökumenischer Informationsdienst ÖID 106

Editorial

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Ein betörend schöner Satz, dieser erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Alle Menschen dieser Erde frei und gleich und zu solidarischem Umgang miteinander aufgerufen! Spiegeln sich darin nicht die humanitären Werte der europäischen Geistesgeschichte, von Antike und Christentum bis hin zur Aufklärung? Europa ist stolz auf diese Tradition, gar nicht zu reden von den Anteilen, die Europa dem Islam verdankt.

Wie aber verhält sich dieser Artikel mit seinem universalistischen Anspruch („alle Menschen...“) zu dem Flüchtlingssterben an den Außengrenzen der EU? Wie mag er in den Ohren jener Flüchtlinge klingen, die an den 6 Meter hohen, mit messerscharfen Klingen bewährten Zäunen von Melilla scheitern – blutig, lebensgefährlich verletzt! Oder in den Ohren der Opfer der „push backs“ im Mittelmeer, denen von der griechischen Küstenwache ihre Schlauchboote zerstochen und Motoren geraubt werden, damit sie ja nicht griechischen Boden erreichen? Über 3.000 Flüchtlinge sind allein in diesem Jahr im Mittelmeer ums Leben gekommen – und Europa schaut zu!

Das vorliegende AMOS-Heft thematisiert diesen Skandal. Es gibt zuerst den Opfern europäischer Asylpolitik eine Stimme – Fluchtgeschichten. Dann werden die EU- und die deutsche Asylpolitik in mehreren Beiträgen analysiert und angeklagt. Ein weiterer Aufsatz beschreibt die rigorose Abwehr von Flüchtlingen an einer anderen Wohlstandsgrenze: der Grenze zwischen den USA und Mexiko. Was aber treibt die Menschen, solche lebensgefährliche Fluchtwege auf sich zu nehmen – z.B. die Roma aus den Balkanländern und die Kriegsflüchtlinge aus Syrien? Systemkritische Beiträge analysieren die Ursachen, die Menschen zur Flucht zwingen und zeigen, wie sehr die reichen Nationen dazu beitragen. Schließlich ist von Gegenbewegungen die Rede, von zivilgesellschaftlichen und auch kirchlichen Akteuren, die das Unrecht nicht hinnehmen wollen und ... mit Hilfe der Justiz schon manchen Erfolg errungen haben.

Während das vorliegende Heft sich auf die Abwehr von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU konzentriert, wird das Heft 1|2015 auf den innerdeutschen, auf Abschreckung zielenden Umgang mit Flüchtlingen eingehen.

Was bedeutet es aber, wenn Menschen nicht einmal fliehen können, wenn sie in ihren Grenzen eingeschlossen zu Gefangenen werden? Noam Chomsky schildert die ungeheuerliche „Normalität“ in Gaza und der Westbank. (S. 20)

Wir danken Ursula Richter, Malerin, Friedensaktivistin, Antifa-Aktivistin in Dortmund für die Bilder und Texte zur diesjährigen AMOS-Jahresgabe, eingelegt in der hinteren Hefthälfte.

Geplante Arbeitstitel für die Schwerpunkte im nächsten Jahr:
1|2015 Unwillkommenskultur – Flüchtlinge in D
2|2015 Herrschaftstechniken: Medien
3|2015 Kultur: Arbeit, Not, Widerstand
4|2015 Die Ränder sind das Zentrum.

Auf ein Neues – im Sinne des Propheten – grüßt AMOS ...
... und erinnert daran, dass sich AMOS auch verschenken lässt, zu Weihnachten und anderen Geburtstagen (s. beiliegendes Geschenk-Abo). Auch neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen im AMOS e.V. (siehe www.amos-zeitschrift.de).

Impressum ...	Seite 15
Abo-Bestellschein ...	Seite 5
Literatur / Lesetipps / Links ...	Seiten 8, 17, 20
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 10
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 19
Anzeige KD-Bank ...	Seite 22
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Der Kanal

Wie ein regierendes Ehepaar in die Geschichtsbücher kommen will

Bei meinem ersten Besuch in Nicaragua, 1969, kümmerte sich die englischkundige Sekretärin des Dichters Pablo Antonio Cuadra (PAC) um mich, da ich noch kein Wort Spanisch verstand. Zum Dank schickte ich ihr vor meiner Rückreise einen Strauß Blumen ins Büro.

Elf Jahre später, die Revolution hatte gerade gesiegt, begegnete ich dieser Rosario Murillo wieder. Sie umarmte mich und flüsterte: „Du warst der erste Mann in meinem Leben, der mir Blumen geschenkt hat!“

Das hätte der Beginn einer Freundschaft sein können. Aber noch am gleichen Tag versuchte sie mich zu überzeugen, meine Unterstützung für Ernesto Cardenal, den damaligen Kulturminister, einzustellen und stattdessen ihrem Kulturzentrum Geld zu besorgen. Das kam für mich nicht in Frage; ihren Versuch fand ich außerdem nicht gerade „revolutionär“.

Als Ehefrau des heutigen Präsidenten Daniel Ortega erwarb sie sich den zweifelhaften Ruf, die eigentliche Drahtzieherin hinter wichtigen politischen Entwicklungen zu sein. Diese Regierung hebt Schritt für Schritt die demokratischen Grundlagen des Landes aus. So wurde aktuell Rosario Pérez López ohne Beteiligung des Parlaments neue Richterin am Obersten Gerichtshof und Maria José Majía García neue Prüferin am Staatsrechnungshof. Auf Vorhaltung der Opposition reagierte der sandinistische Fraktionschef Edwin Castro: „Wir haben die Mehrheit und können machen, was wir wollen.“

Nun plant diese Regierung den Bau eines Kanals zwischen Atlantik- und Pazifikküste; ein Megaprojekt, das mit chinesischem Kapital verwirklicht werden soll. Über die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Auswirkungen wurde eine Studie in Auftrag gegeben; die Ergebnisse allerdings werden bis heute der Öffentlichkeit vorenthalten. Stattdessen verspricht die Regierung eine Fülle neuer Arbeitsplätze und Aufschwung der Wirtschaft.

Am 22. Dezember sollen die Bauarbeiten schon beginnen. „Hier steht der Rechtsstaat, die Demokratie und die Zukunft des Landes auf dem Spiel!“, so die Gruppe Cocibolca, in der sich acht Organisationen zusammengetan haben. Und Azahálea Solís von der Autonomen Frauenbewegung äußerte auf einem Bürgerforum in Masaya, der „verfassungswidrige Präsident Daniel Ortega“ versuche, die Bevölkerung mit der „enormen Lüge“ zu täuschen, es gebe wegen des Kanals viele Arbeitsplätze. „Die Tatsache, dass sie (die Regierenden) die Investoren nicht bekanntgeben, lässt vermuten, dass das Geld aus üblen Quellen stammt (...) oder dass es geopolitische Interessen gibt – oder beides zugleich. Aber eines kann man sicher sagen, die Interessen Nicaraguas bleiben da außen vor!“

In Nicaragua gehen in diesen Wochen die Menschen auf die Straße. Studenten, Bauern, Fischer, Anrainer der geplanten Route der neuen Linie, deren Grundstücke per Dekret enteignet werden sollen. Betroffen sind vor allem die indigenen Völker Miskito, Sumo, Rama und die Schwarzen an der Atlantikküste, die wehrlosesten des Landes.

„Wir bringen die Klage der Bauern vor, deren Proteste man manipulieren will, indem man behauptet, sie wollten (für ihr Land) nur bessere Preise. Das ist nicht wahr; niemand will sein Land verkaufen!“, so Róger Guido aus Santo Domingo

Piche de Potosí auf dem Treffen mit Bischof Solórzano.

„Wir werden euch nicht allein lassen!“, so der Bischof, auch Sprecher der Bischofskonferenz.

Überall im Land, in Rivas, Masaya, Esquipulas, Moyogalpa, an der Atlantik- und der Pazifikküste fürchten die Menschen nicht nur den persönlichen Verlust ihrer Existenz, sondern sind in berechtigter Sorge um das ökologische Gleichgewicht, um die wichtigste Wasserreserve, den Großen See (Cocibolca).

Es ist wohl ausgemachte Sache, dass ein chinesisches Konsortium, angeführt von Herrn Wang, sich um Finanzen und Technologie des Unternehmens kümmert. „China go home!“, steht auf hunderten Plakaten.

Der Priester und Dichter Ernesto Cardenal (90) bei seinem im November eigentlich letzten Deutschlandbesuch äußerte, die Gefahr, dass dieser Kanal gebaut werde, sei für das ganze Land eine Katastrophe; er wolle im Frühjahr 2015 noch einmal kommen, um hier bei uns Öffentlichkeit zu schaffen und politische Hilfe zu erwirken. Der Schriftsteller Eduardo Galeano: „Was hat China der regierenden Familie Nicaraguas bezahlt? Und was wird dieses heldenhafte Volk im Gegenzug für diesen phantastischen Kanal zu bezahlen haben?“

Die Unruhe im Land wächst. Und die Demonstranten werden nach alter Manier aus der Somoza-Zeit verunglimpft.

Es geht nicht nur, aber auch um die wichtigste Süßwasserreserve des Landes. Sie ist ohnehin stark gefährdet. So schrieb (am 30.11.2014) der Rechtsanwalt Roberto J. Flores aus Rivas in einem resignierten Brief:

„1994 wurde das Gesetz zum Großen Kanal von dieser Regierung erlassen, aber niemand protestierte. (...) Ich bin mir sicher, dass die Tage des Großen Sees gezählt sind, mit oder ohne Kanal. Aktuell werden Millionen Kubikmeter Schadstoffe in dieses Wasser gelassen, und niemand sagt ein Wort. Es sind mehr als 150.000 Manzanas (1 Manzana = 0,7 Hektar), die landwirtschaftlich genutzt werden und alle Pestizide, Pflanzenschutzmittel und Unmengen an giftigen Chemikalien, dazu Tonnen Schmutzwasser, Toilettenwasser, Seifenwasser mit Chlor – alles gelangt ohne Aufbereitung täglich in den See.

Von den Zuckerfabriken kommt über die Flüsse tausende Kubikmeter an Giften in den See.“

Der Kanal, so nationale und internationale Experten in ihren Studien, würde dem wunderbaren See „den Rest geben!“



Murillo, Ortega, Wang Foto ELI9DIGITAL

Hermann Schulz lebt als Autor von Romanen und Kinderbüchern in Wuppertal. Zuletzt erschienen: „Die Nacht von Dar es Salaam“, Roman. Verlag Brandes & Apsel. Er ist Mitglied im Vorstand von Pan y Arte, einer Organisation, die sich in Nicaragua engagiert.

Wolfgang Belitz

„Wachstum und Beschäftigung“

Die „neoliberale Konterrevolution“ hat sich nun seit Jahr und Tag durchgesetzt und weltweit den Sieg errungen über alle Denkansätze für ein humanes und ökologisches Wirtschaften. Trotz aller Misserfolge, Zerstörungen, Krisen, Katastrophen, schreienden Ungerechtigkeiten und massiven Kritiken bleibt der Neoliberalismus unerschütterlicher Sieger, weil seine Verfechter und Nutznießer über alle politische und ökonomische Macht verfügen und sich darum vor niemanden rechtfertigen oder verantworten müssen.

Neuerdings werden nun alle weiteren politischen und ökonomischen Debatten, differenzierten Betrachtungen und Kontroversen über den Weg in die Zukunft in der Praxis des aktuellen Neoliberalismus dogmatisch weggeräumt mit der Konzentration auf das neoliberale Mantra „Wachstum und Beschäftigung“. Das ist nicht neu, aber in dieser Konzentration und Universalität propagiert, kann die „Generation Merkel“ mit neuer Intensität die Alternativlosigkeit der alten „Ökonomie des Todes“ verfolgen.

„Das Mantra (Spruch, Lied, Hymne) bezeichnet eine heilige Silbe, ein heiliges Wort oder einen heiligen Vers. Diese sind ‚Klangkörper‘ einer spirituellen Kraft, die sich durch meist repetitives Rezitieren im Diesseits manifestieren soll.“ Genau so geschieht es in der neoliberalen Theorie und Praxis, aber mit entgegengesetzter Zielsetzung wird daraus eine reale Perversion. Der Klangkörper entbindet keine spirituelle Kraft, sondern entfesselt alle materiellen Kräfte einer blinden Ökonomie entgegen aller menschlichen Erkenntnis.

Geht man dem Mantra auf den Grund, dann wird erkennbar, dass es eine starke Reduktion aller Wachstumskritik bedeutet. In meinem Regal steht seit 1972 das Buch von Dennis Meadows: Die Grenzen des Wachstums, Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit. Hier wird zum ersten Mal und umfassend die These belegt, dass es in einem nicht unendlichen System wie der Erde kein unendliches Wachstum gibt. Es gibt Grenzen des Wachstums. Die Entnahme von Rohstoffen ist ebenso begrenzt wie die Freisetzung von Abwärme und die Absorption von Schadstoffen. Diese These ist nach langen kontroversen Debatten heute unbestritten. Die Bemühungen, daraus Konsequenzen zu realisieren, sind mit unterschiedlicher Intensität und in disparaten Bereichen mit eher geringem Erfolg im Gange, treten immer wieder auf der Stelle und sind gelegentlich wieder rückwärtsgewandt.

Seit längerem und besonders seit Anfang der Großen Koalition und mit Beginn der neuen EU-Kommission spielt die notwendige und fundamentale Wachstumskritik so gut wie keine Rolle mehr. Die Grenzfragen werden unter der eher beschaulichen Überschrift „Klimawandel“ behandelt und im Sprachgebrauch von Groko und EU spielt das Mantra „Wachstum und Beschäftigung“ eine so fraglos dominierende Rolle, dass der Anschein erweckt wird, der Politik sei ein kritikfreier Königsweg zum Wohle der Menschen aufgetan worden. Die Wachstumsschäden werden in der Mantrapropaganda ausgeklammert und niemand fragt, was bei der Forcierung der Wachstumsideologie aus dem werden soll, was im allgemeinen anthropozentrischen Sprachgebrauch „Umwelt“ genannt wird.

Auf der anderen Seite beschwört das Mantra den Zusammenhang von Wachstum und Beschäftigung. In meinem Regal steht seit 1983 das Buch von André Gorz: Wege ins Paradies, Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Seine Lektüre und andere Autoren (Rifkin, Leontief, Hengsbach) haben mich zu meinem Vier-Drei-Zwei-Eins-Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag mit Arbeit und Einkommen für alle Menschen inspiriert, über den ich in dieser AMOS-Kolumne unaufhörlich berichtet habe. Liebe Mantraanhänger: Dauerhaft schafft Wachstum keine Arbeitsplätze. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und steigender Beschäftigung ist mehr als brüchig und besteht nur, wenn die Wirtschaftswachstumsrate höher ist als die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, und diese Relation wird wegen der fortschreitenden mikroelektronischen Automatisierungsmöglichkeiten eher seltener bestehen. Ideologisch ist das Mantra „Wachstum und Beschäftigung“ logisch, empirisch ist es eher anachronistisch. Schon vor Jahrzehnten konnte ich dazu festhalten: „Im Zeitraum von 1966 bis 1991 verdoppelt sich das Bruttoinlandsprodukt von 1.300 Mrd. DM auf real 2.600 Mrd. DM. Im selben Zeitraum verringert sich das Arbeitsvolumen, das zur Erstellung des BIP aufgewandt worden ist, um 15 Prozent.“

An der mantrakritischen Realität hat sich inzwischen wenig geändert: Von 2000 bis 2013 stieg das BIP um 33 Prozent bei im selben Zeitraum leicht sinkendem Arbeitsvolumen. Meine uralte These lautet: „Immer mehr materieller Reichtum wird produziert mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft.“ Diese Zusammenhänge verdrängt der Neoliberalismus und verweist stattdessen ohne Bezug auf die Entwicklung des sinkenden Arbeitsvolumens auf die steigende Zahl der Arbeitsplätze. Von 2000 bis 2013 wuchs das BIP um 33 Prozent und die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer stieg im selben Zeitraum um knapp 2 Mio von 36 auf knapp 38 Mio. Das Mantra lebt: Wachstum und Beschäftigung. Berücksichtigt man hingegen die Tatsache des leicht sinkenden Arbeitsvolumens, dann lautet die Schlussfolgerung: Immer mehr Menschen müssen sich immer weniger Arbeit teilen. Da die Teilung nicht gerecht erfolgt, sondern machtorientiert und schichtenspezifisch, erhalten immer mehr Menschen eine geringfügige Beschäftigung, von der sie nicht leben können. So können die Arbeitslosenzahlen sinken und die Beschäftigtenzahlen steigen, indem aus den „arbeitslosen Armen“ „arbeitende Arme“ werden.

Um eine Anklage der Klassengesellschaft zu übertönen, muss der Klangkörper „Wachstum und Beschäftigung“ hell erklingen und sich durch permanentes „repetitives Rezitieren“ durchsetzen. Bislang und weiterhin mit großem Erfolg. So geht Neoliberalismus.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von W. Belitz, erschienen 1998 bis 2010, sind nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von W. Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Johannes de Kleine

Hoffnung Europa – eine Fluchtgeschichte

„Festung Europa“ bedeutet: Hunderte Flüchtlinge ertrinken bei ihrer Flucht aus Afghanistan, Syrien oder den afrikanischen Ländern im Mittelmeer. Die EU zahlt Marokko Millionen EURO, damit seine Polizeiorgane Menschen an der Flucht nach Europa hindern. Was aber bedeutet das konkret für den einzelnen Menschen? Warum verlässt ein Mann seine Heimat und macht sich auf den beschwerlichen, ja, lebensgefährlichen Weg nach Norden? Das erzählt uns der 19jährige Mohamed Doré aus dem afrikanischen Guinea in seiner ganz persönlichen Fluchtgeschichte. Er steht für ungezählte andere Menschen, die im wörtlichen Sinne ihr Heil in der Flucht suchen.

„Ich heiße Mohamed Doré, bin 19 Jahre alt und komme aus Guinea. Ich habe meinen Wohnort verlassen, in der Hoffnung, in der Hauptstadt Arbeit zu finden. Als mir das nicht gelang, floh ich über Guinea-Bissau, Kaolac und Celui (Senegal) sowie Mauretania nach Marokko. In Agadir bekam ich in der Moschee etwas zu essen. Auf einem Karton am Busbahnhof verbrachte ich die Nächte. Ein Busfahrer schenkte mir eine Fahrkarte nach Rabat. Dort wurde ich von der Polizei verhaftet. Dann wurde ich mit etwa 20 anderen Afrikanern nach Oujda transportiert. Nachts setzte die Polizei uns in der Wüste an der Grenze zu Algerien aus. Sie nahmen uns die Schuhe ab und ließen uns ohne Nahrung und Wasser dort zurück. Sie jagten uns über die algerische Grenze. Ich irrte umher und landete schließlich wieder in Oujda. Meine Füße waren blutig und voller Blasen. Auf einem Güterzug ging es nach Fès. Dort traf ich Afrikaner, die am Güterbahnhof in und unter defekten Güterwaggons lebten. Es war sehr kalt, da half auch die Plastikplane nichts, die mir ein Kameruner gab. Etliche Male wurden wir von Marokkanern mit Messern und Holzstöcken angegriffen.

Zusammen mit einem Freund aus Kamerun fuhr ich per Bus zur spanischen Enklave Ceuta, die zur EU gehört. Wir bauten uns auf der Mülldeponie aus Plastikplanen und Stöcken ein Zelt. Wasser gab es nur aus einem furchtbar schmutzigen Bach. Wir aßen das, was wir auf der Deponie fanden. Später versuchten wir, die Grenze nach Ceuta illegal zu überschreiten. Diese durch Militär bewachte Grenze bestand damals aus zwei 6 m hohen Zäunen. Soldaten schnappten uns. Mir zerstörten sie mit dem Gewehrkolben den kleinen Finger und verletzten mich am Rücken.“

Zunächst ohne Lebensmittel in winzige Zellen gepfercht, werden die beiden schließlich an der Grenze zu Algerien ausgesetzt. Sie gelangen wieder nach Oujda und machen sich von dort nach Tanger auf, weil die Caritas dort medizinische Hilfe für Flüchtlinge anbietet. Ihr Versuch, auf ein Schiff nach Teneriffa zu gelangen, endet mit der erneuten Verhaftung durch die Polizei.

„Am nächsten Morgen wurden wir beide nach Tetouan gebracht. Dort wurden wir mit anderen in einen winzigen Raum gesperrt. Wir mussten, an Händen und Füßen gefesselt, mehr als 15 Stunden aufrecht stehen. Nachts wurden wir wieder nahe Oujda in die Wüste gebracht. Man nahm uns alles

ab, auch Schuhe und Kleidung bis auf die Unterhose. Wieder wurden wir mit Waffengewalt über die Grenze nach Algerien gezwungen. Nach dem Abzug der Polizisten machten wir uns auf den Weg nach Oujda. In den Mülleimern fanden wir zerrissene Kleidung, womit wir uns notdürftig kleiden konnten.“

Der Kreislauf von Verhaftung, Gewalt, Aussetzung in der Wüste, Rückkehr in den nächsten Ort, wieder Verhaftung usw. setzt sich fort. Ein Fluchtversuch über das Wasser in Richtung Ceuta endet für Mohamed auf einem spanischen Schiff, während sein Freund aus Kamerun ertrinkt. Nach zwei Monaten in einem spanischen Flüchtlingslager wird er auf der Fahrt nach Deutschland an der niederländischen Grenze festgenommen. Abschiebung nach Madrid, schließlich illegale Einreise in die Bundesrepublik, verschiedene Aufnahmelager in NRW.

Und Mohamed berichtet abschließend: „Danach wurde ich nach Buxtehude gebracht. Man wies mir einen Schlafplatz in einem Zimmer für 5 Personen zu. Die Bedingungen dort waren durchaus annehmbar. Ich blieb ein Jahr und sieben Monate dort. Während dieser Zeit musste ich nach Nürnberg fahren, um dort meinen Asylantrag zu stellen. Per Brief wurde mir mitgeteilt, dass mein Asylantrag abgelehnt sei und ich nach Spanien zurück müsste.“

Fortsetzung?

Johannes de Kleine, Jg. 1951, 1972 – 1977 Studium der Evangelischen Theologie in Wuppertal und Göttingen, 1977 – 1979 Vikariat in Wuppertal, 1979 – 2007 Gemeindepfarrer in der Evangelischen Kirche im Rheinland, seit 2007 Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit in einem Kirchenkreis an der niederländischen Grenze. (Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes wurden die dem Unterzeichner bekannten persönlichen Daten verändert.)

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Mariola Kozaronek, Beatrix Ries, Hartmut Dreier, Manfred Walz

Menschenorte 24

Aus Armenien ins Ruhrgebiet: Mutter mit Achtjährigem – fünf Jahre Odyssee – zehn Länder

In einer Wohnung in einem neueren Mehrfamilienhaus in einem dieser Stadtteile im Ruhrgebiet werden wir warm willkommen geheißt. Dort treffen wir Davit und Sonya. Beide sind mit Hoffnungen 1999 aus Armenien aufgebrochen in Richtung Europa und sie waren bis Ende 2004 unterwegs. Davit ist jetzt 23 Jahre, beim Aufbruch 1999 war er 8 Jahre jung. „Ich hatte keine Kindheit.“ Seine Mutter Sonya – bald ebenso gut wie Davit Deutsch sprechend – ringt beim Erzählen immer wieder um Worte, es zerbrechen ihre Sätze, sie steht unruhig auf und geht in die Küche, in den Flur und kommt zurück. Ihre fürchterlichen Flucht-Erlebnisse haben sich bei ihnen tief in der Seele eingebrannt. – Ihr selbst zubereiteter Rosentee, eingelegte Kirschen „wie in Armenien“: Versüßen sie uns das lange nächtliche Gespräch?



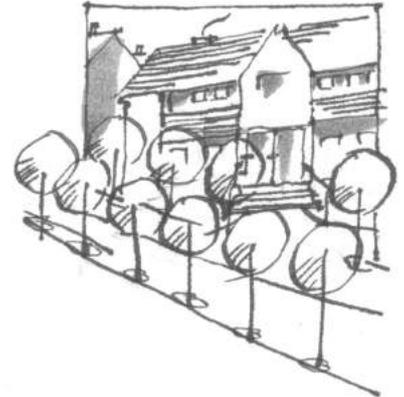
Beide leben unerschwellig ständig in Angst, er auf dem Schulweg zum Berufskolleg, bei den Treffs mit anderen jungen Flüchtlingen – und die Mutter bei ihren Kursen für „Integration“ und Fortbildung, mit dem Ziel der Krankenpflege, mit dem Zeug zu mehr. Sie haben viele

Freunde, gute, verlässliche Netze, auch durch ihre eigene Aktivität. „Wenn Du hier Polizei oder Notarzt rufst, kommen sie sofort und ohne Schmiergeld! Deutschland ist ein Paradies! Hier lebst du sicher! Und dennoch: Wenn ich an uns als nur geduldete Flüchtlinge denke, kann ich vor Angst nicht schlafen, dann kommt alles wieder hoch.“

Der Ehemann und Vater war zwei Jahre vor ihnen mit zwei Töchtern aufgebrochen; er ließ immer weniger von sich hören. Dann machten sich Mutter und Sohn auf, in bösen Ahnungen und „um unsere Familie ringend“ (Sonya). Das ist nicht gelungen! Aber nun leben Mutter und Sohn im Ruhrgebiet.

Was für ein Fluchtweg! Mit dem Flugzeug von Armenien nach Istanbul. Mit Schleusern zur Grenze Türkei/Griechenland. Zu Fuß. Zwei Anläufe, beide gescheitert: Beim ersten Mal zuerst 30 km Fußmarsch in kleiner Gruppe mit Schleusern vorne und hinten, bergauf und bergab, nachts. Dann landen sie im Grenzgebiet in einem Moor, Morast, Sumpf. Türkische Grenzschützen mit Nachtsichtgeräten und Schüssen greifen sie auf, die Schleuser sind weg. Beim zweiten Versuch an der Grenze Türkei/Griechenland ist es ein Fluss, schwimmen, wieder Nachtsichtgeräte, Scheinwerfer, Schüsse, wieder sind die Schleuser weg (getaucht). Wieder Festnahme, klatschnass, völlig erschöpft, festgenommen und gefangen in einer türkischen Kaserne, „Dreck wie in der Hölle“. Mutter und achtjähriger Sohn halten durch, weil beide an den anderen bei sich denken. „Alleine hätte ich mich aufgegeben!“ Zurück

über Georgien nach Armenien! Neuer Aufbruch – nun nach Russland. Weiter in die Ukraine, Slowakei, Moldawien, wieder Russland, dann Ungarn, Österreich, Deutschland. Eine Odyssee fast fünf Jahre lang. Oft nachts unterwegs. „Kein Sandkasten, keine Kuschelecken, kein Klettergarten, aber ich erinnere mich an die Schüsse der Militärs an den Grenzen. An Hunger, nasse Klamotten, Frieren. Manchmal auch ruhigere Abschnitte, in Ungarn einige Monate, in Österreich 9 Tage. Wir hatten keine Alternative als durchzukommen. Kraft kommt dann. Wenn ich meine Mutter bei mir habe, habe ich alle Kraft der Welt!“ Davit fährt fort. „Diese Jahre lang ganz unten im Dreck. Mich hat es stark gemacht. Aber ich wünsche es keinem. Keine Kindheit. Dafür kenne ich mich jetzt in 6 Sprachen aus.“ Im Aufnahmelager in Deutschland muss ein Beamter die Kraft dieser beiden gespürt haben. In diesem Stadtteil im Ruhrgebiet finden sie Hilfen, Ehrenamtliche und Profis.



Davit und Sonya setzen sich auch hier ein, mit anderen und für andere. „Hier bleiben wir, hier bringen wir uns ein, hier werden wir alt!“ Davit ist anders als Gleichaltrige hier. Kein Wunder nach solchen Erfahrungen. Sein armenisches Kreuz auf dem Pulli. Er eckt schon mal an. Er brennt vor Aktivität; Leidenschaft, Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Seine IT-Bastel-Fähigkeiten fallen auf. „Ich mach mich damit später selbständig!“ Er wirkt älter, Sonya jünger.

Beim Weggehen sagen wir vor dem Haus: „Solch starke Menschen – hier bei uns im Ruhrgebiet! Kraft und Ausstrahlung geht von ihnen aus!“ „Ohne solche Menschen, von denen es auch bei Flüchtlingen viele gibt – wäre das Ruhrgebiet arm dran und sähe alt aus! Sie machen große Hoffnung!“

Mariola Kozaronek, geboren in Polen, seit 1988 in NRW, lebt in Marl. „Ich kenne das Gefühl, in einem fremden Land einen Neuanfang machen zu müssen.“ Als Dipl.-Sozialpädagogin engagiert in der beruflichen und ehrenamtlichen Beratung junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Beatrix Ries, am linken Niederrhein geboren, lebt mit Familie seit 1989 im Ruhrgebiet. Lehrerin Sek.I „Kunst“ und „Kath. Religion“. Seit über 10 Jahren aktiv in einem kommunalen Kinder- und Jugendhilfeausschuss. „Als ehrenamtliche Flüchtlingshelferin liegt mir die Zukunft der Kinder und Jugendlichen sehr am Herzen“. Im AK „Christen und Muslime“ im Bistum Münster. Sie und ihre Familie können sich nicht vorstellen, diese interkulturelle Vielfalt des Ruhrgebietes zu verlassen.

Manfred Walz, Stadtplaner, aus Berlin auch mal ins Ruhrgebiet Eingewandert, freut sich, bei „Menschenorte“ immer wieder bemerkenswerte Ruhrgebietende kennen zu lernen. Titelbildner im AMOS. Er hat gezeichnet.

Hartmut Dreier lebt mit Familie seit 1969 im Ruhrgebiet (Bochum, Marl). Seit 1969 bei AMOS dabei.

Wolf-Dieter Just

Die Festung Europa

Über ein Jahr ist vergangen seit der Katastrophe vor Lampedusa. Fast 400 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa, nach Schutz und Lebensmöglichkeiten, ertranken elend im Mittelmeer. Europa war schockiert. Bilder einer schier endlosen Reihe von Särgen gingen um die Welt – davor europäische Politiker mit betroffenen Mienen. Sie sprachen von Schande, Lampedusa müsse ein Wendepunkt in der EU-Flüchtlingspolitik werden.

Aber diese „Wende“ ist ausgeblieben. Die Abwehr von Flüchtlingen wurde sogar verschärft. Und so geht das Sterben weiter an Europas Außengrenzen. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in diesem Jahr schon wieder über 3.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Mehr als die Hälfte floh vor den Bürgerkriegen in Syrien, Irak und Afghanistan, weitere flüchteten vor der grausamen Militärdiktatur in Eritrea. Aber auf Meldungen wie diese wird immer auf die gleiche Art reagiert: zunächst mit Erschütterung, dann mit Verdrängung. Es obsiegt das, was Hannah Arendt als den „Fluch der Gleichgültigkeit“ bezeichnet hat.

Dabei trägt Europa erheblich zu den Ursachen bei, welche Menschen zur Flucht zwingen – es „produziert“ geradezu Flüchtlinge – durch u.a. Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, Unterstützung von Diktatoren (Abd al-Aziz, Gaddafi, Mubarak u.a.), eine EU-Agrarpolitik, die afrikanischen Bauern die Existenzgrundlage raubt, ein CO₂-Ausstoß, der in der Sahelzone fruchtbares Land versteppen lässt. Aber Europa tut so, als hätte es damit nichts zu tun, schaut zu, wie die Opfer seiner Politik im Mittelmeer ertrinken.

Die Rede von der „Festung Europa“ ist nicht linke Polemik oder „unsachlich“, wie Wolfgang Schäuble einmal behauptet hat. Sie beruht im Wesentlichen auf drei Strategien der Flüchtlingsabwehr.

- Die illegale Zuwanderung wird an den Außengrenzen bekämpft, u.a. mit Zäunen (Melilla!) und einem großen Aufgebot an bewaffneten Grenzschützern, mit Schiffen, Radarüberwachung und satellitengestützter Luftaufklärung – kurz „Eurosur“, dem „Big Brother-System für das Mittelmeer“. Mit „Frontex“, der europäischen Agentur zum Schutz der Außengrenzen, haben sich die EU-Staaten auf eine enge Kooperation bei der Intensivierung der Luft- und Seeüberwachung geeinigt.
- Wirksamer noch als Grenzzäune und Küstenwachen sind allerdings die Zäune aus Paragraphen, mit denen die Suche nach Schutz illegalisiert wird – vor allem durch Blockaden des Zugangs zu einem Asylverfahren: Dazu gehören vor allem der Visumzwang, die Dublin-Verordnung und Einreiseverbote für Flüchtlinge, die über sogenannte „sichere Drittstaaten“ kommen.
- Eine dritte Abwehrstrategie besteht in abschreckenden Lebensbedingungen für die Flüchtlinge, die sich in Europa be-

reits aufhalten: In Italien z.B. sind die meisten Flüchtlinge obdachlos; in Griechenland werden Flüchtlinge in Auffanglager gepfercht, deren Qualität im Blick auf Hygiene, (Über-)Belegung und Wachpersonal so katastrophal ist, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Rücküberstellungen nach Griechenland untersagt hat. In Ungarn und Malta werden Flüchtlinge regelmäßig inhaftiert; in Deutschland erwarten die Flüchtlinge Einschränkungen der Freizügigkeit (Residenzpflicht), soziale Leistungen unter Sozialhilfeniveau und stark eingeschränkte Krankenhilfe (§ 4 AsylbLG). Das soll sich in den Herkunftsregionen herumsprechen und jeden Anreiz zur Flucht in diese Länder im Keim ersticken.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)

Am 12. Juni 2013 hat das Europäische Parlament das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS) verabschiedet. Dazu gehören u.a. die Dublin- und Eurodac-Verordnungen. Damit soll ein wichtiges Ziel des Vertrags von Amsterdam erreicht werden: „einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aufzubauen, der allen offen steht, die wegen besonderer Umstände rechtmäßig in der Gemeinschaft um Schutz nachsuchen“ – ein Anspruch, der sich angesichts der Realität für Flüchtlinge geradezu zynisch anhört.

Das Dublin-System

Von zentraler Bedeutung ist die Dublin-Verordnung. Sie regelt, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, wenn ein Asylsuchender in die EU einreist. Zentraler Inhalt ist das „One-State-Only-Prinzip“, mit dem „illegale“ Weiterwanderungen und die Asylantragstellung einer Person in mehreren EU-Staaten verhindert werden sollen. Nur ein Mitgliedsstaat ist für die Prüfung eines Asylantrags zuständig – in der Regel derjenige, der zuerst einem Antragsteller die Einreise in das EU-Gebiet gestattet (bzw. sie nicht verhindert!) hat. Reist dieser illegal weiter, ist der Ersteinreisestaats verpflichtet, den Bewerber zurückzunehmen.

Um festzustellen, ob ein Flüchtling bereits in einem anderen Land einen Asylantrag gestellt hat, wurde das Eurodac-System geschaffen – das zentrale, automatisierte europäische Fingerabdruckidentifizierungssystem – seit 2003 in Betrieb. Die meisten Rücküberstellungen in das Erstaufnahmeland werden durch die sogenannten „Eurodac-Treffer“ ermöglicht.

Die Dublin-Verordnung führt zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen, weil sie drei prekäre Folgen hat:

1. Die Regelung belastet überproportional die EU-Staaten an den Außengrenzen, insbesondere Griechenland, Malta, Italien und Spanien, während sich die Mitgliedsstaaten in der geographischen Mitte der EU weithin ihrer Verantwortung entziehen können. In diesem Jahr sind z.B. über 150.000 Flüchtlinge in Italien angekommen. Italien bittet ständig um die Solidarität anderer Mitgliedsländer der EU – ohne Erfolg.

2. Da sich die Staaten an den Außengrenzen mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sehen, greifen sie zu rigorosen Abwehrmaßnahmen, bei denen es immer wieder zu Verletzungen der Zurückweisungs-Verbote der Genfer Flüchtlingskonvention¹ und der Europäischen Menschenrechtskonvention kommt – wie den „Push Backs“ an den Seegrenzen: Militär oder Polizei fangen Flüchtlingsboote auf dem Meer ab und hindern sie gewaltsam an der Weiterreise nach Europa. Flüchtlinge berichten immer wieder, dass sie dabei geschlagen und dass Schlauchboote zerstoßen wurden, dass der Motor ihres Bootes abmontiert wurde, so dass die Insassen hilflos im offenen Meer trieben. Dabei werden auch die internationalen Abkommen der Seenotrettung verletzt.

Überdies schließt die EU mit Staaten an den Außengrenzen wie z.B. Marokko, Tunesien und Libyen Kooperationsabkommen, damit diese die Ausreise von Flüchtlingen Richtung Europa verhindern. Die EU-Außengrenzen werden auf diese Weise in die Transitstaaten vorverlagert – eine Menschenrechtsverletzung nach Art 12 UN-Zivilpakt: „Jedermann steht es frei, jedes Land einschließlich des eigenen zu verlassen.“

3. Bei der Regelung des für das Asylverfahren zuständigen EU-Staates bleiben die Wünsche der Flüchtlinge unberücksichtigt. Es spielt keine Rolle, ob ein Flüchtling in ein bestimmtes EU-Land will, weil er dort z.B. ein Netzwerk von Verwandten und Freunden hat, die Landessprache spricht, gute Beschäftigungschancen sieht usw. Das aber verletzt die Menschenwürde, seinen Achtungsanspruch im Sinne freier Selbstbestimmung. Er wird zum bloßen Objekt der Entscheidungen anderer, wird wie eine Ware hin- und hergeschoben, ohne bestimmen zu können, wo er Schutz suchen und leben will.

Außerdem gibt es – entgegen der erklärten Absicht der EU – keine Garantie für ein faires Asylverfahren durch die Dublin-VO. Oft werden Kern-Familien auseinandergerissen, Menschen inhaftiert oder von sozialer Unterstützung ausgeschlossen. Das Dublin-System setzt einheitliche Standards der Schutzgewährung in der EU voraus, wovon in der Realität keine Rede sein kann, was sich auch an den Anerkennungsquoten für Asylsuchende in den Mitgliedsstaaten zeigt. Die Anerkennungsquote für somalische Flüchtlinge z.B. lag 2013 in Frankreich bei 17%, in den Niederlanden bei 90%. Man spricht von einer „Schutzlotterie“.

Fazit

- Die EU-Asylpolitik betont einseitig die Abwehr von Flüchtlingen. Es geht nicht um den Schutz von Flüchtlingen, sondern vor Flüchtlingen. Die Dublin-VO ermöglicht es, menschenrechtliche, in der GFK und EMRK fixierte Verpflichtungen zu umgehen.
- Nationale Grenzschützer und Frontex verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt die EU erreichen und einen Asylantrag stellen können.
- Ein Hoffnungszeichen war die Operation „Mare Nostrum“ der italienischen Marine. Sie wurde als Reaktion auf die Katastrophe vor Lampedusa im Oktober 2013 von der italienischen Regierung eingeleitet. Dadurch wurden in 2014 über 150.000 Flüchtlinge aus dem Meer gefischt. Aber von der EU und ihren Mitgliedsstaaten gab es keine Bereitschaft, Italien bei dieser aufwändigen Operation zu helfen. Im Gegenteil, der deutsche Innenminister de Maiziere hat Italien dafür kriti-

siert. Und so hat Italien „Mare Nostrum“ aus Kostengründen eingestellt. Die Verantwortung geht an Frontex über – aber mit anderer Zielsetzung: Frontex geht es um Grenzschutz, nicht um Lebensrettung!

- Auch der Ring „sicherer Drittstaaten“ um die EU-Außengrenzen dient der Abwehr von Flüchtlingen. Sie werden in Staaten abgeschoben, in denen ihnen Folter und Erniedrigung drohen.

Mit den Flüchtlingen rückt Europäern die ungleiche Entwicklung auf unserem Globus unmittelbar auf den Leib. Sie erinnern uns, die wir in Sicherheit und Wohlstand leben, an eine ganz andere Welt, eine Welt von Gewalt und Krieg, Verfolgung und Elend. Europa rühmt sich als Geburtsstätte und Hort der Menschenrechte und fordert sie überall auf der Welt ein. Kaum etwas aber macht seine Menschenrechtsrhetorik weltweit so unglaublich wie sein Umgang mit Flüchtlingen.

¹ „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“ (Art 33,1 Genfer Flüchtlingskonvention)

Dr. Wolf-Dieter Just ist Professor für Sozialethik an der Evangelischen Fachhochschule Bochum und nach Erreichen des Ruhestandes dort und an der Fachhochschule Düsseldorf weiter mit Lehrveranstaltungen tätig. Er ist seit 30 Jahren in der Menschenrechtsarbeit für Flüchtlinge engagiert und Ehrenvorsitzender der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche.

Links zum Thema Europäische Asylpolitik

Memorandum zivilgesellschaftlicher Akteure zur Europäischen Asylpolitik:

http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/STARTSEITE/Memorandum_Dublin_deutsch.pdf

BMI zum GEAS:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/06/europaeisches-asylsystem.html>

Europaparlament zur Asylpolitik:

http://www.europarl.de/de/europa_und_sie/politikfelder_a_z/migration_und_asyl.html

Pro Asyl:

<http://www.proasyl.de/>

Europäischer Flüchtlingsrat ECRE:

<http://www.ecre.org/>

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche:

<http://www.kirchenasyl.de/>

Flüchtlingsrat NRW:

<http://www.fmrw.de/>

Jürgen Klute

Flüchtlingspolitik in Europa in der Konfrontation zwischen EU-Parlament und EU-Rat

Nach Jahren der Agonie und nachdem mehr als 20.000 Flüchtlinge, die auf ihrem Weg von Nordafrika nach Europa im Mittelmeer ertrunken sind, ist das Thema EU und ihr Umgang mit Flüchtlingen endlich in den Fokus des öffentlichen Interesses gelangt.

Da die Flüchtlingspolitik auf EU-Ebene geregelt und koordiniert wird, liegt es nahe, die EU pauschal zum Sündenbock für diese skandalöse Politik zu machen. Doch das wäre sachlich falsch und daher wenig hilfreich im Bemühen um eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Die EU ist kein homogener politischer Block. Sie besteht formal aus den drei Institutionen EU-Rat, EU-Kommission und EU-Parlament.

Die gegenwärtige EU-Flüchtlingspolitik spiegelt vor allem die Interessen konservativer Regierungen der Mitgliedsländer wider. Sie wurde begründet mit dem Dubliner Übereinkommen von 1990, das 1997 in Kraft trat. Diese Übereinkunft war ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Regierungen der damaligen 12 EU-Mitgliedsstaaten und weiteren europäischen Staaten. 2003 wurde dieses Abkommen ersetzt durch die so genannte Dublin-II-Verordnung des EU-Rates. Im Juli 2013 trat dann die Dublin-III-Verordnung in Kraft, die vom EU-Rat und dem EU-Parlament im Mitentscheidungsverfahren nach dem Lissabon Vertrag beschlossen wurde.

Die Dublin-Verordnungen enthalten zwei Schwerpunkte: Zum einen regeln sie, dass Asylsuchende in dem EU-Land einen Asylantrag stellen müssen, in dem sie ankommen. Zum anderen schreiben die Verordnungen einen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten über eingereiste Asylsuchende vor – insbesondere geht es um den Austausch von Fingerabdrücken. Damit soll verhindert werden, dass eine Person in mehreren EU-Staaten Asylanträge stellt.

Diese Praxis führt dazu, dass die Zahl der Asylanträge in Deutschland massiv zurückgegangen ist, da die BRD keine EU-Außengrenzen hat. Die meisten Asylsuchenden kommen aus Nordafrika über das Mittelmeer nach Italien, Spanien, Malta und Griechenland. Also in Länder, die seit Ausbruch der Euro-Krise unter enormem wirtschaftlichen Druck stehen.

Die wirtschaftliche und soziale Integration der Asylsuchenden liegt allein in der Verantwortung der Aufnahmeländer, was dort zu massiven gesellschaftlichen Konflikten führt. Sinnvoll wäre eine proportionale Aufteilung der Asylsuchenden auf alle EU-Mitgliedsstaaten. Vor der Verabschiedung der Dublin-III-Verordnung gab es Debatten über einen Verteilerschlüssel von Asylsuchenden auf alle EU-Länder. Aber die Bundesregierung hat sich mit ihrer Ablehnung dieser Forderung durchsetzen können.

Am 23. Oktober 2013, wenige Tage nach der Flüchtlingstragödie vom 3. Oktober vor Lampedusa, hat das EU-Parla-

ment eine Resolution verabschiedet, die an den Rat gerichtet war, der sich am 26. Oktober mit diesem Thema befasst hat.

Diese Resolution formuliert klare Forderungen an den Rat. Die Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge soll zu einer Kernaufgabe der Grenzüberwachung gemacht werden. In die Neuverordnung für gemeinsame Frontex-Einsätze auf See sollen verbindliche Regeln zur Seenotrettung aufgenommen werden. Alle europäischen und nationalen Gesetze, die die Rettung von Flüchtlingen in Seenot unter Strafe stellen, sollen reformiert werden. Weiterhin werden Verfahren für eine gerechte und proportionale Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Mitgliedsstaaten eingefordert, um die südeuropäischen Staaten zu entlasten. Auch sollen Flüchtlinge nicht mehr in Aufnahmeländer zurück geschickt werden dürfen, wenn deren Asylsystem überlastet ist, was aktuell auf Griechenland, Malta und Italien zutrifft.

Darüber hinaus fordert das EU-Parlament einen fairen Zugang zum europäischen Asylsystem und die Entwicklung legaler Zugangsmöglichkeiten im Rahmen der Migration von Arbeitskräften.

Eine entsprechende Reform des EU-Asylrechts steht bis heute aus. Die Hauptblockade sind nationale Egoismen einiger EU-Länder. Deren Überwindung dürfte angesichts einer erstarkenden Rechten und eines neuen Nationalismus in vielen Mitgliedsländern allerdings nicht einfach sein.

Cecilia Malmström, die bis Ende Oktober 2014 für dieses Thema zuständige EU-Innenkommissarin, hat den Jahrestag der Flüchtlingstragödie vom 3. Oktober 2013 vor Lampedusa zum Anlass genommen, kurz vor dem Ende ihrer Amtsperiode dieses skandalöse Versäumnis zur Sprache zu bringen. In ihrer Presseerklärung vom 2. Oktober heißt es: „Die Bilder von Lampedusa sind noch immer in meinem Kopf. Sie sind eine schreckliche Erinnerung daran, dass wir danach streben müssen, dass Europa offen bleibt für jene, die Schutz suchen.“ [...] „Ich will sehr klar sein – wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, ist die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten noch weitgehend inexistent. Das ist wahrscheinlich die größte Herausforderung für die Zukunft.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Bleibt zu hoffen, dass der EU-Rat sich endlich bewegt!

Jürgen Klute, ev. Pfarrer, wohnt in Herne, von 2009 bis 2014 für die Partei Die Linke Mitglied des Europäischen Parlaments. Hier seine Engagements: für die Menschenrechtslage in Kolumbien; im Konflikt zwischen den Kurden und der türkischen Regierung, Obmann seiner Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss; in der Merkosur-Länderdelegation, in der gemeinsamen Versammlung EU-Lateinamerika, stellv. Mitglied in der Türkei-Delegation, in der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung EU-Türkei. Mitherausgeber von AMOS.

Brief der Bürgermeisterin von Lampedusa:

Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden?

„Ich bin die neue Bürgermeisterin von Lampedusa. Ich wurde im Mai 2012 gewählt, und bis zum 3. November wurden mir bereits 21 Leichen von Menschen übergeben, die ertrunken sind, weil sie versuchten, Lampedusa zu erreichen.

Das ist für mich unerträglich und für unsere Insel ein großer Schmerz. Wir mussten andere Bürgermeister der Provinz um Hilfe bitten, um die letzten elf Leichen würdevoll zu bestatten. Wir hatten keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber jetzt frage ich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden? Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint; mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, und nichts sagt, obwohl es hier ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg.

Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist.

Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.

Gezeichnet: Giusi Nicolini.“

Der Papst sagt in Lampedusa:

„Die Wohlstandskultur bringt uns dazu, nur an uns selbst zu denken. Sie macht uns taub für die Hilferufe der Anderen“, sagte Papst Franziskus in der Messe. „Sie lässt uns in Seifenblasen leben, die schön sind, aber nichtig, Vorspiegelungen des Eitlen und Vorübergehenden, das uns gleichgültig macht gegenüber dem Nächsten. Schlimmer noch: Dass die Globalisierung der Gleichgültigkeit befördert.“ ...

„Heute fühlt sich niemand auf der Welt dafür verantwortlich. Wir haben jedes brüderliche Verantwortungsgefühl verloren. Stattdessen sind wir in der heuchlerischen Pose des Priesters und des Altardienerers erstarrt, wovon Jesus im Gleichnis vom guten Samariter spricht“, sagte Papst Franziskus. „Wir sehen unseren Bruder halbtot am Straßenrand liegen, denken vielleicht, ‚der Arme‘, und gehen weiter. ‚Das ist nicht unsere Aufgabe!‘, und mit dieser Ausrede beruhigen wir uns, und fühlen uns in Ordnung.“ Ausdrücklich dankte der Papst den Helfern und Anwohnern auf Lampedusa, die ein Beispiel der Solidarität und des Beistandes setzten.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT



PROKLA 177
Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung

Henrik Lebuhn
Krise und Protest in den Städten. Occupy machte sich 2011 auf den Weg um die halbe Welt

Dario Azzellini
Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung

Torsten Beweritz
Globale Krise – globale Streitwelle? Zwischen den ökonomischen und demokratisch-politischen Protesten herrscht keine zureifige Gleichzeitigkeit

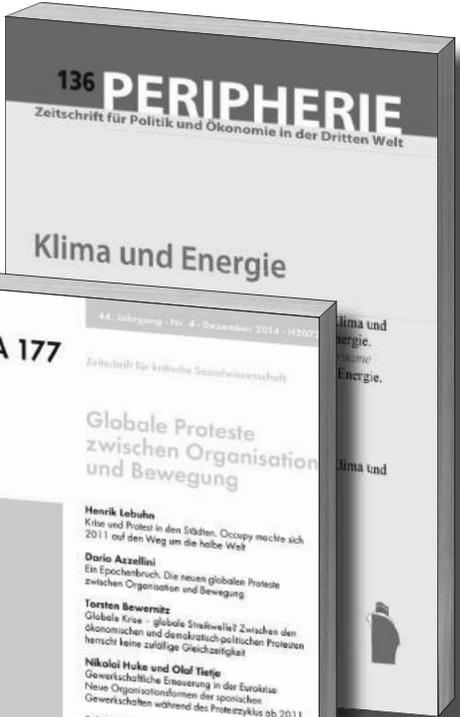
Nikolai Huke und Olaf Tierje
Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus ab 2011

Felix Jaitner
Krise und Protest auf den Balkan. Von sozialer Emigration bis National-Chauvinismus am Beispiel von Kroatien und Bosnien-Herzegowina

Sebastian Schipper
Ein kurzer Sommer des gesellschaftlichen Wandels? Die 114 Sozialproteste in Israel von 2011

Andrea Pläger
Die Proteste der Refugees. Eine Bewegung von den Rändern ins Zentrum Europas

Immanuel Wallerstein
Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken



136 PERIPHERIE
Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt

Klima und Energie

PROKLA 177
Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung
2014 - 168 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-377-7

Seit dem „arabischen Frühling“ erregen immer neue Massenproteste die Aufmerksamkeit von AktivistInnen und WissenschaftlerInnen. Vier Jahre nach Beginn des aktuellen Protestzyklus will PROKLA 177 ausleuchten, inwieweit es sich tatsächlich um eine globale Protestwelle im Sinne eines zusammenhängenden transnationalen Bewegungszyklus handelt.

PERIPHERIE 136
Klima und Energie
2014 - 156 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-838-3

Die Artikel in der PERIPHERIE 136 verdeutlichen auf unterschiedlichen Ebenen die Schwierigkeiten, die sowohl mit den verbreiteten Vorstellungen von Anpassungspolitik als auch mit der Konzeption und Umsetzung von Politiken der Minderung der Emission von Treibhausgasen verbunden sind.

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

Arian Schiffer-Nasserie

Noch ein „Flüchtlingsdrama“? Schon wieder eine „Katastrophe“? Die toten Flüchtlinge sind die unvermeidlichen Opfer dieser Weltordnung

An einem Tag im Oktober 2013 starben einige hundert Bootsflüchtlinge auf ihrem Weg nach Lampedusa. An menschlicher Anteilnahme an den vielen „Einzelschicksalen“, an Scham und Betroffenheitsbekundungen hat es danach nicht gefehlt. Alles sollte anders werden. Seit dem geht das Sterben rekordverdächtig weiter. Offenbar hat das Flüchtlingseleid doch viel mehr mit den vitalen Interessen der europäischen Staaten zu tun, als dies Politik-, Presse- und Kirchenvertreter glauben machen wollen. Die Flüchtlinge sind nämlich die unvermeidlichen Begleiterscheinungen des ökonomischen und politischen Erfolgswegs der EU.

Sie sind ökonomisch notwendige Opfer,

- weil die EU (Deutschland vorneweg) mit ihren global überlegenen Unternehmen und subventionierten Waren die afrikanischen und arabischen Ökonomien erfolgreich kaputt konkurriert, den betroffenen Menschen damit ihre Lebensgrundlage nimmt,
- weil die Lebensmittel, Fischfanggebiete und Rohstoffvorkommen ihrer Heimat exklusiv der Verwertung westlicher Kapitale dienen und dafür kaum örtliche Arbeitskräfte gebraucht werden,
- weil mit den Menschen vor Ort im Normalfall überhaupt kein Geschäft zu machen ist, sie also schlicht überflüssig sind,
- weil sog. Wirtschaftsflüchtlingen nicht zugestanden wird, ihre Heimat zu verlassen, nur weil sie dort keine Lebensgrundlage finden,
- weil sie seit der Weltwirtschaftskrise als Wanderarbeiter und ErntehelferInnen in der EU erst recht nicht gebraucht werden, dafür gibt es Polen und die Ukraine ...
- weil Weltbank und IWF darauf bestehen, dass die afrikanischen Staaten die Ernährung ihrer Völker nicht subventionieren, wenn sie weiterhin vom Westen Kredit wollen,
- weil nicht geduldet wird, wenn sich die Überflüssigen in ihrer Not gegen ihre politische Herrschaft auflehnen oder konkurrierenden Mächten zuwenden.

Und sie sind politisch notwendige Opfer,

- weil westliche Regierungen die Aufstände der Verzweifelten – je nach Bedarf – gegen unliebsame Regierungen unterstützen (Syrien, Libyen, Iran, Ukraine),
- weil die Staaten des Westens unliebsame Bewegungen und Organisationen verfolgen, ihre Mitglieder foltern, mit Drohnen beschießen, sie von Milizen vernichten lassen (Pakistan, Kurdistan, Syrien ...),
- weil sie befreundete und verbündete Regime bei ihrer Kriegführung unterstützen (Saudi-Arabien, Katar, Türkei, Ukraine), Diktaturen und Gottesstaaten für ihre Beiträge zur imperialistischen Weltordnung aus- und aufrüsten und so von sich abhängig machen,
- weil sie Israels Vormachtstellung im Nahen Osten und die dafür nötigen Kriege und Vertreibungen als unverzichtbaren Bestandteil ihrer Weltordnung zu instrumentalisieren suchen,

- weil sie Putschs gegen antiwestliche Regierungen und nachfolgende Militärdiktaturen offen unterstützen (Algerien) oder zumindest militärisch ausrüsten (Ägypten),
- weil sie mit Wirtschaftsembargos die Lage der Völker in unliebsamen Staaten weiter zu verschlechtern suchen, um sie in Hungeraufständen gegen ihre Regierung aufzubringen,
- weil USA und EU überall dort, wo friedliche Diplomatie nicht ausreicht, um ihre Interessen durchzusetzen, zur offenen Kriegführung übergehen, Waffen liefern oder gleich selber bombardieren oder besetzen (Afghanistan, Irak, Libyen) – natürlich nur, um die „Zivilbevölkerung zu schützen“,
- weil jede Hoffnung der „unschuldigen Zivilbevölkerung“, der „schutzlosen Männer, Frauen und Kinder“, auf legale Weise diesem Horror zu entgehen, um in den segensreichen Moloch westlicher Großstädte zu gelangen, dort die Klos von McDonalds zu putzen, im Puff für die sorgenschweren Seelen des freien Westens zur Verfügung zu stehen oder auf den Plantagen spanischer Agrarkonzerne Pestizide zu inhalieren, durch ein hermetisches Grenzregime zunichte gemacht wird.

Auch wenn es niemand so sagen will: Flüchtlinge sind für den skizzierten EU-Imperialismus ebenso unerwünscht wie unvermeidlich. Die Toten sind seine notwendige Begleiterscheinung.

Und wie soll man angesichts dieser Tatsachen als gute Seele, angesichts der politisch forcierten „Verantwortung Deutschlands für die Welt“ und verschärfter Flüchtlingsabwehr den Glauben an die höheren Werte der Nation bewahren, auf denen Staat und Gesellschaft doch angeblich beruhen?

Ein Mann, der etwas davon versteht, macht es seinen Bundesschäfchen vor: „Machen wir unser Herz nicht eng mit der Feststellung, dass wir (!) nicht jeden (!), der kommt, in unserem Land aufnehmen können. Ich weiß ja, dass dieser Satz sehr, sehr (!) richtig ist. Aber zu einer Wahrheit (!) wird er doch erst, wenn wir zuvor unser Herz gefragt haben, was es uns sagt, wenn wir die Bilder der Verletzten und Verjagten gesehen haben. Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?“ (Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten 2013)

Der betroffene Blick auf die „Verletzten und Verjagten“, die natürlich mit der eigenen Politik nichts zu tun haben; die gekonnt beklommene Frage, ob „wir“ auch genug helfen – sie gehören einfach dazu. Nämlich zur Pflege des guten Gewissens einer imperialistischen Nation.

Dr. Arian Schiffer-Nasserie ist Professor für Sozialpolitik an der Evangelischen Fachhochschule Bochum. Er steht für Vorträge und Diskussionen zu Fragen der aktuellen Migrations- und Flüchtlingspolitik gerne zur Verfügung: schiffer-nasserie@efh-bochum.de

Kirsten Eichler

Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina – Die Flüchtlinge aus den angeblich sicheren Herkunftsländern

Am 19. September 2014 hat der Bundesrat dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsländern im Sinne des deutschen Flüchtlingsrechtes erklärt, mehrheitlich zugestimmt. Diese Gesetzesänderung hat zur Folge, dass Schutzsuchende aus den genannten Staaten künftig keinen Schutz in Deutschland erhalten können.

Doch wer sind die Flüchtlinge, die aus diesen drei Staaten Schutz in Deutschland suchen? Was sind ihre Fluchtgründe und ihre Lebenswelten in den Herkunftsländern? Was erwartet sie in Deutschland?

Der Großteil der Schutzsuchenden aus den Westbalkanstaaten sind Angehörige der ethnischen Minderheit der Roma. Ihre Lebenssituation ist von umfassender Diskriminierung bis hin zu rassistischer Gewalt geprägt. Den meisten von ihnen wird der Zugang zu grundlegenden Menschenrechten verwehrt – wie der Zugang zu Bildung, zu notwendiger medizinischer Versorgung und der Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Sozialleistungen, wenn sie überhaupt gewährt werden, sind zum Überleben nicht einmal im Ansatz ausreichend. Viele Roma leben in irregulären Siedlungen aus Papp- und Holzverschlängen ohne Strom, Heizung und Wasser sowie ohne Kanalisation. Ihre Siedlungen werden regelmäßig weiter an die Peripherie der großen Städte gedrängt und das wenige Eigentum wird bei der „Umsiedlung“ brutal zerstört. Übergriffe, Diskriminierungen und Gewalt prägen den Alltag. Wenn Roma die erlittenen Verbrechen bei der Polizei anzeigen, findet eine Strafverfolgung fast nie statt.

Diese Realitäten werden von zahlreichen Medienberichten, Studien und anderweitigen Dokumentationen sowohl von Nichtregierungsorganisationen als auch von staatlichen Stellen belegt: Keine Minderheit in Europa wird stärker diskriminiert. Diese Erkenntnis führt jedoch nicht zu einer Zuerkennung eines Schutzstatus in Deutschland, sondern im Gegenteil seitens großer Teile der Politik und der Öffentlichkeit zu einer Diffamierung von Roma als so genannter „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Die unsachliche und undifferenzierte Debatte verkennt die tatsächlichen Lebensrealitäten von Roma in den Herkunftsländern sowie die rechtlichen Normen für eine Schutzgewährung in Deutschland. Das Europarecht – und damit auch das deutsche Flüchtlingsrecht – schützt bei Folter, Todesstrafe, (Bürger-)Krieg und eben bei Menschenrechtsverletzungen. Dabei wird zwar unterschieden, ob es sich um eine tief greifende und schwere Menschenrechtsverletzung handelt (z.B. Folter) oder um eine Aneinanderreihung von minderschweren Beeinträchtigungen und/oder Diskriminierungen, die im Ergebnis eine Menschenrechtsverletzung darstellen. In beiden Fällen ist jedoch die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft vorgesehen. Das Bundesverwaltungsgericht hat zu dieser Rechtslage bereits am 20. Februar 2013 ausgeführt: Gründe für eine Schutzgewährung „können Menschenrechtsverletzungen, aber auch Diskriminierungen sein, die für sich allein

nicht die Qualität einer Menschenrechtsverletzung aufweisen. In die (...) erforderliche Gesamtbetrachtung können insbesondere verschiedenartige Diskriminierungen (...) einbezogen werden, z.B. beim Zugang zu Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen, aber auch existenzielle berufliche oder wirtschaftliche Einschränkungen.“ Die umfassende Diskriminierung, der viele Roma in den Herkunftsländern, allein aufgrund dessen, dass sie Roma sind, ausgesetzt sind, stellt also gleichwohl eine Verfolgung im europarechtlichen und somit auch im deutschen Flüchtlingsrecht dar. Die Erklärung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als „verfolgungssicher“ und die daraus resultierende Schutzlosigkeit von Asylsuchenden aus diesen Staaten steht in eklatantem Widerspruch zur Menschenrechtslage in den Herkunftsländern sowie zum deutschen und europäischen Flüchtlingsrecht. Heribert Prantl hat deshalb Recht, wenn er von „Lüge per Gesetz“ schreibt.

Daneben werden im Zuge der öffentlich-politischen Debatte Flüchtlinge nicht selten gegeneinander ausgespielt: Auf der einen Seite sieht man die „guten Flüchtlinge“ – z.B. aus Syrien/dem Irak. Auf der anderen Seite stehen die „schlechten Flüchtlinge“ – Roma aus den Balkanstaaten, denen Asyl- und Sozialleistungsmissbrauch unterstellt wird. Diese Polemik ist höchst gefährlich. So nährt sie die seit Jahrhunderten bestehenden Vorurteile gegenüber Roma und den wachsenden, hoffähig gewordenen Antiziganismus in Deutschland, mit verheerenden Folgen: Laut einer umfassenden Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes lehnt jeder dritte Deutsche Sinti und Roma in der Nachbarschaft ab. Die Studie zeigt: Im Vergleich zu anderen Minderheiten wird Roma die mit Abstand geringste Sympathie entgegengebracht, gefolgt von AsylbewerberInnen und Muslimen.

Mit der Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als ‚sichere Herkunftsländer‘ wird der Antiziganismus sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern bestärkt – und die Entrechtung von Roma als unliebsamste Minderheit in der gesamten EU wird fortgeschrieben. Roma werden in Deutschland und in den Herkunftsländern als AsylbetrügerInnen beschimpft und ihre Menschenrechte werden mit Füßen getreten. In Deutschland leben sie in ständiger Angst vor der Abschiebung und die Herkunftsländer haben durch die Einstufung als sichere Herkunftsländer einen Persilschein erhalten, der sie davon befreit, die zwingend notwendigen Verbesserungen hinsichtlich der Menschenrechtslage vorzunehmen.

Die Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als sichere Herkunftsländer ist ein fatales Signal für den Menschenrechtsschutz in Deutschland und Europa.

Kirsten Eichler, Dipl.-Pädagogin, ist Mitglied im Vorstand des Flüchtlingsrates Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen ihrer hauptamtlichen Tätigkeit bei der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA Münster e.V.) bietet sie asyl-, aufenthalts-, und sozialrechtliche Seminare für in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit Tätige an. Ein herzliches Dankeschön der Autorin geht an Volker Maria Hügel (GGUA e.V.).

Peter Strege

zerrissenes subjekt, ihr, du und ich: jede(r)

Viele Tage und ungeschlafene Nächte
habe ich geweint.
Nichts habe ich vergessen.
Kein Stern.....

Stacheldraht - Nato-Klingendraht:

*Der N-K ist eine Variante des Stacheldrahts.
Ziel ist ein unerlaubtes Passieren von
Personen stark zu erschweren,
bzw. zu verhindern.*

*Der N-K ist gefährlicher als Stacheldraht.
Dieser Draht sollte ausschließlich mit Schutz-
handschuhen angebracht werden.
Es besteht bei unsachgemäßem Umgang
erhöhte Verletzungsgefahr.(Werbetext)*

Wer bin ich, daß mir das geschieht?
Das reißt alles durch mich hindurch

Ich, wer ist das?
Bin, wer weiß das?
Gewesen, woher kamst du?

Innerlich blutend, heraus gerissen
und wie tot. Fremd:Fremd:Fremd!

Woher ich kam, habe ich vergessen
und werde es nicht los.
Habe mich verloren.
Was man heraus gerissen hat:
ist es das, was ich war? Bin?

Eine Weile und keine Geduld.
Es ist die Hatz, die mich verfolgt!

Von welcher Zukunft ist die Rede?
Wem gehören meine
Liebe und Zuversicht?
Was ist Zuhause?

*Wir verkaufen nur Lagerware,
die sofort verfügbar ist.
Diese Ware kann ohne Aufpreis
in unserem Lager abgeholt werden.*

*Gestern konnte ich
noch träumen.*

Keine Tränen mehr.
Nur wie Stein. Die Seele, trocken!

Gastfreundschaft: geduldet!
Geschunden: behandelt!



Peter Strege, seit 40 Jahren in Dortmund. Künstlerisch und erwachsenen-
bildnerisch tätig.

Silke Niemeyer

Hart an der Grenze

Über die Konsistenz deutscher Flüchtlingspolitik

Flüchtlingspolitik als Antiflüchtlingspolitik

Vom Flüchtling geht Gefahr aus, Fluchtgefahr. Bei erheblicher Fluchtgefahr ist der Flüchtling demnächst einzusperren. Kaum ist er der Gefahr entronnen, der Gefahr im Heimatland umzukommen, der Gefahr an einem Zaun aufgespießt zu werden, der Gefahr im Mittelmeer abzusaufen, kaum hat er die deutsche Grenze passiert, wird er selbst zur Gefahr. Weil Fluchtgefahr von ihm ausgeht, wird er wie ein Verbrecher behandelt. Das Verbrechen des Flüchtlings ist, dass er wieder flüchten und sich der Abschiebung entziehen könnte. Kurz gesagt: Der Flüchtling muss Häftling werden, damit er Schübling werden kann.

So soll es nach den Plänen von Innenminister Thomas de Maiziere geschehen. Erhebliche Fluchtgefahr sieht der Minister, wenn der Flüchtling die Grenzkontrollen bei der Einreise umgangen hat. Wenn er also nicht wie ein Urlauber mit Sonnenhut, Pass und Visum einreist, sondern ohne Papiere auf irgendeinem Parkplatz aus einem dreckigen Container steigt, dann darf er von dort geradewegs in die Zelle gehen. Willkommenskultur für Flüchtlinge heißt „Gehe in das Gefängnis, begib dich direkt dorthin.“ So sieht es der im Mai 2014 vorgelegte Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vor.

Hart an der Grenze und hart im Innern ist die Konsistenz deutscher Flüchtlingspolitik. Wer drin ist, soll jeden Tag merken, dass er besser draußen geblieben wäre: Arbeitsverbot, elend lange Wartezeiten auf einen Sprachkurs, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Unterversorgung per Asylbewerberleistungsgesetz, Zwang in Massenunterkünften zu wohnen, Sachleistungen statt Bargeld – die Gesetzgebung ist findig darin gewesen, Flüchtlingen das alltägliche Leben möglichst schwer und ungemütlich zu machen. Solche Abschreckung lässt man sich sogar einiges kosten, denn eine großzügigere Erlaubnis zu arbeiten und in Privatwohnungen zu ziehen, die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Eingliederung in die gesetzliche Krankenversicherung würden die Städte unmittelbar finanziell entlasten.

Die Kommunen knarzen und ächzen momentan unter dem enormen Zulauf von Asylsuchenden. Sie stöhnen zu Recht, denn ihnen wird vom Bund wohl die Pflicht auferlegt sie aufzunehmen, aber zusätzliche Mittel, um sie ordentlich zu versorgen und zu betreuen, verweigert man. Geld und Stellen für die zügigere Abwicklung der Verfahren und eine angemessene soziale Begleitung werden knapp gehalten. Man tut wider besseres Wissen so als handele es sich um ein nur vorübergehendes Problem. Ein Schuft käme womöglich auf den bösen Gedanken, es sei geradezu gewollt, dass das Fernsehen regelmäßig eindrucksvolle Bilder von überfüllten Unterkünften, genervten Anwohnern und gestressten Lokalpolitikern ausstrahlt. So wird allen vor Augen geführt, dass „wir“ wirklich an der Grenze „unserer“ Aufnahmekapazitäten angekommen sind. Und so wird der politische Boden für Gesetze bereitet wie den perfiden Streich, Serbien und Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina kurzerhand zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Gern bekundet man, die Fluchtursachen

dort beheben zu wollen. Aber der ernsthafte Wille, Konzepte gegen die Gewalt an Roma in den angeblich sicheren Staaten Südosteuropas zu erfinden, fehlt.

Tote und noch mehr Tote.

Internationale politische Zusammenarbeit dient weniger dazu, gemeinsam Fluchtursachen zu bekämpfen, als dazu, Fluchtwege zu versperren. Gaddafi war in dieser Beziehung jahrelang ein nützlicher und dienstbarer Geist, als wenig zimperlich bekannt. Er wurde von der EU mit zig Millionen dafür bezahlt, dass er Flüchtlinge mittels Zäunen und Küstenwache davon abhielt nach Europa zu gelangen. Nachdem der arabische Frühling die bewährte europäisch-libysche ‚Win-Win-Situation‘ zunichte gemacht hat, ist man auf der Suche nach neuen Türstehern in Nordafrika, z.B. in Tunesien, mit dem wohltonend eine „Mobilitätspartnerschaft“ angestrebt wird. Sie sollen die Grenzschutzagentur Frontex vor dem miesen Geschäft bewahren, Boote abzudrängen aus europäischen Hoheitsgewässern, indem dafür gesorgt wird, dass sie erst gar nicht so weit kommen.

Der Innenminister spricht mit Vorliebe von Solidarität in der europäischen Flüchtlingspolitik. Er meint damit die Kameradschaft der Sonnenliegenbesitzer, die ihre Ruhe haben wollen vor den Schiffbrüchigen, die an den Strand krabbeln. In Solidarität sollen sie sich konsequenter gegen die Hilfesuchenden abschotten. In seinem Positionspapier nennt er all die bräsigen Maßnahmen, die bekannt und bekanntermaßen gescheitert sind: Überwachung der Außengrenzen, Erfassung der Fingerabdrücke, konsequentes Hinundhergeschlebe von Flüchtlingen nach der Dublin-Verordnung, Bekämpfung der Schleuser usw. Der alte Stumpfsinn, nur mehr davon. Pro Asyl rechnet vor, dass sich die EU die Sicherung der Außengrenzen fast drei Mal so viel kosten lässt wie die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen.

Eine der wenigen guten Ideen, die es in der letzten Zeit gab, nämlich die Operation „Mare Nostrum“, mit der die italienische Marine nach der Katastrophe von Lampedusa mehr als 110.000 Flüchtlinge aus Seenot rettete, wird eingestellt. Hier reicht die europäische Solidarität nicht aus, um weiter das Geld für diese Rettungsaktion aufzubringen. Über 3.000 Menschen starben in diesem Jahr trotz „Mare Nostrum.“ Es werden wieder mehr werden, die ihr Leben im Mittelmeer lassen. Es werden wieder Krokodilstränen fließen.

Was getan werden muss: zum Beispiel die Verfahren beschleunigen durch Aufstockung von Stellen, Standards für humane Betreuung von Flüchtlingen durchsetzen, das Dublin-Karussell stilllegen, Fluchtwege sicherer statt gefährlicher machen, eine europäische Seenotrettung aufbauen. Wer wenn nicht Deutschland mit seiner Größe und Wirtschaftskraft hätte das Potenzial dies voranzutreiben. Es ist noch lange nicht an der Grenze seiner Möglichkeiten, es bleibt weit darunter.

Hanim Cigdem

Die andere Wohlstandsgrenze

3.200 km lang ist die US-amerikanisch-mexikanische Grenze – die größte Trennlinie zwischen einem Land des Südens und des Nordens, zwischen Arm und Reich. Nach Schätzungen sollen täglich rund 1.000 „Latinos“ aus Mexiko, Zentral- und Südamerika versuchen, die Grenzmauer zu überwinden.

Einwanderer aus Guatemala, El Salvador, Honduras und Mexiko machen mittlerweile 73% der 11,6 Millionen „undocumented migrants“ (Migranten ohne Aufenthaltsstatus) in den USA aus, davon kommen 6 Millionen aus Mexiko. Die Vereinigten Staaten sind weltweit das Hauptempfängerland von Einwanderern, sei es, dass sie legal oder illegal eingereist sind. Als im Mai 2014 zehntausende Kinder und Jugendliche aus Zentralamerika geflüchtet waren und an der US-mexikanischen Grenze ankamen, sprach Barack Obama von einer „humanitären Katastrophe“. Darauf wurde allerdings weniger mit Humanität als mit Massenabschiebungen und einer Verschärfung der Migrationspolitik reagiert.

Um die zunehmende illegale Einwanderung zu bekämpfen, sollen die Grenztruppen auf 41.000 Beamte längs der Grenze verdoppelt, die Radaranlagen verbessert und zusätzliche Drohnen angeschafft werden. Die Gewalt an den Grenzen ist gestiegen, die US-amerikanische Regierung hat allein 307 Todesfälle bei der Grenzüberquerung für das Jahr 2014 – und zwar bis September – registriert.

Die strengen Grenzkontrollen machen es für Migranten sehr schwer, die USA zu erreichen. Da die Grenze in der Nähe von Städten besonders scharf bewacht wird, müssen sie auf unwegsame, gefährliche Fluchtrouten ausweichen wie auf die

Sonora-Wüste, in der viele von ihnen bereits ums Leben gekommen sind; sie verdursten oder verletzen sich schwer in dem unwegsamem, felsigen Gelände und werden von ihren Schleppern gnadenlos zurückgelassen.

Zudem steht die mexikanische Regierung unter dem Druck der USA, ihre südlichen Grenzen zu kontrollieren, um die Transitwanderung zu reduzieren.

Viele der Reisenden wählen aus diesem Grund die Fahrt auf der „Bestia“, dem Güterzug, mit dem sich der größte Teil der Menschen, insbesondere Zentralamerikaner, auf die Reise durch Mexiko nach Norden begibt. Sie wollen so der mexikanischen Grenzpolizei entkommen, da die Busse an den Kontrollpunkten nach Zentralamerikanern durchsucht werden, um sie auszuweisen.

Dies bietet zwar einen alternativen Weg in die USA, birgt jedoch viele Gefahren entlang der Route: Es kommt häufig zu Erpressungen, Diebstählen, Vergewaltigungen bis hin zum Mord durch Privatpersonen, Gangs und selbst Behörden. Die „Grupos Beta“, die mexikanische Migrationspolizei, welche den Auftrag hat, die Migranten zu schützen, berichtete von 96 Personen im Jahr 2005, welche physische Verletzungen von der „Bestia“ davontrugen, 2006 waren es 74 Personen.

Dass Menschen ihre Länder verlassen, liegt u.a. an der Furcht vor steigenden Kriminalitätsraten und den schlechten Arbeitsbedingungen in ihren Heimatländern. Die Korruption hat sich in diesen Ländern ausgebreitet und tiefere Wurzeln bis hinein in Regierung und Gesetzgebung geschlagen. Auch die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen haben sich verschlechtert. Die Drogenkartelle fordern das Gewaltmonopol der Regierungen heraus. Migranten sehen keine Alternativen, der Armut und mangelnden Sicherheit zu entkommen und wählen den Weg der Auswanderung. Dafür zahlen sie zwischen 7.000 und 14.000 Dollar, um von den so genannten „Coyotes“ (Menschenschmugglern) in die USA gebracht zu werden.

Diese Länder erleben tagtägliche Gewalt und grenzüberschreitende Verbrechen durch die Drogenkriminalität und Straßenkartelle. Besonders in entfernten und verarmten Teilen der Länder sind die Hauptregierungseinrichtungen sehr schwach und die öffentliche Sicherheit prekär. Bandenkriminalität ist ein großes Problem in Zentralamerika. Gewaltbereite Gruppierungen wie die „Mara Salvatrucha“ werden von Mexiko in ihre Herkunftsländer in Zentralamerika zurückgeschickt, was die Probleme aber nur vergrößert: Es entsteht ein Teufelskreislauf, da die Banden weiterhin ein Klima der Gewalt verbreiten und es für die Bewohner unmöglich machen, in ihrer Heimat zu leben.

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.mar1@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar1@freenet.de

E-Mail:
redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto:
AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

ISSN 1615 - 3278 **Erscheinungsweise:** 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Wolf-Dieter Just

Schlussredaktion:
Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Einzelpreis: 4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Realisation:
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl
Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Hanim Cigdem ist Studentin der FH Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaft. Im Rahmen eines fünf-monatigen Praktikums war sie bis August 2014 an der US-mexikanischen Grenze und hat dort in den Projekten „Casa Mariposa“ und „No more deaths“ gearbeitet - beides Nichtregierungsorganisationen in Tucson (Arizona, USA), die sich für Migranten aus Lateinamerika auf dem gefährlichen Weg in die USA einsetzen.

Birgit Naujoks

Gegenbewegungen:

Zivilgesellschaft und Gerichte gegen die Aushöhlung von Menschenrechten

Die „Festung“ Europa hat sich zu Recht als Bild und Begriff für die Asylpolitik in der EU eingeprägt. Meist ist damit die Abschottung nach außen, an den Außengrenzen der EU, gemeint. Aber auch zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten wird alles dafür getan, Flüchtlinge möglichst abzuschrecken. Das ist zum einen dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) geschuldet und zum anderen der Praxis, die selbst diesen oft restriktiven rechtlichen Anforderungen nicht gerecht wird. Kernstück des GEAS von 2013 ist die Dublin III-Verordnung, die die Zuständigkeit der EU-Staaten für die Durchführung von Asylverfahren regelt und dabei dem Grundsatz folgt, dass ein Asylsuchender in dem Land sein Asylverfahren durchlaufen muss, welches den Zugang zur EU ermöglicht hat, beispielsweise durch Erteilung eines Visums oder, und das ist die Mehrzahl der Fälle, wegen „unzureichender“ Grenzbefestigung bzw. Grenzkontrolle. Dabei sind die Gründe, warum ein Flüchtling sein Asylverfahren in einem bestimmten Land durchlaufen möchte, vielfältig, beispielsweise können Sprachkenntnisse, verwandtschaftliche Verhältnisse oder die Chancen auf Anerkennung hier eine wichtige Rolle spielen. Diese Erwägungen sind im Rahmen der Zuständigkeitsfrage indes unerheblich.

Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis hat mit Herausgabe des sogenannten Dublin-Memorandums letztes Jahr eine grundlegende Veränderung im Umgang mit Asylsuchenden in der EU gefordert. Kernforderung dieses Memorandums ist das Recht des Flüchtlings auf freie Wahl des Mitgliedstaates, in dem er seinen Asylantrag stellen möchte. Im Gegenzug schlagen die Verfasser vor, einen Ausgleichsfond zu schaffen, in den die Länder einzahlen, die wenige Flüchtlinge aufnehmen und die Länder finanziell entlastet werden, in denen viele Schutzsuchende ihren Asylantrag stellen. Doch diese Vorschläge haben auf EU-Ebene kein Gehör gefunden. Die bis dato bestehende Dublin II-Verordnung wurde am 1. Januar 2014 durch ihre Nachfolgerin abgelöst, mit nur marginalen Veränderungen. Einzig im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist es zu spürbaren Verbesserungen gekommen.

Es ist ein Hohn, der Dublin III-Verordnung immer noch die theoretische Annahme zugrunde zu legen, dass in allen Mitgliedstaaten vergleichbare Bedingungen im Asylverfahren gelten, während zahlreiche Berichte von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen unzumutbare Lebensbedingungen und das Fehlen jeglicher Mindestschutzstandards für Asylsuchende beispielsweise in Italien oder Ungarn belegen. Offensichtlich wurden derartige menschenunwürdige und existenzbedrohende Bedingungen zunächst in Griechenland. Asylsuchende werden dort entweder inhaftiert oder sind wegen fehlender Unterbringung gezwungen, auf der Straße zu leben. Selbst Familien mit Kindern erhalten keine soziale Unterstützung, ein Zugang zum Asylverfahren mit anschließender Schutzgewährung ist in der Regel so gut wie ausgeschlossen. Obwohl diese Bedingungen seit Jahren bekannt waren und die meisten Verwaltungsgerichte in Deutschland

Rücküberstellungen nach Griechenland im jeweiligen Einzelfall aussetzten, sahen die Bundesrepublik und die anderen Mitgliedstaaten keinen Grund, eine Regelung zum generellen Selbsteintritt, d.h. zur Übernahme der Asylverfahren von Menschen, die eigenständig von Griechenland in ein anderes EU-Land weiter geflohen waren, zu schaffen. Die Menschen wurden weiterhin nach Griechenland rücküberführt. Erst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat dem mit Urteil vom 21. Januar 2011 Einhalt geboten. Er entschied, dass sowohl die Behandlung von Asylsuchenden in Griechenland als auch die Rücküberstellung dorthin die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzen. Im Einzelnen wurden folgende Verstöße festgestellt:

- Verletzung von Art. 3 EMRK (Verbot unmenschlicher und erniedrigender Behandlung) durch Griechenland aufgrund der Haft- und Lebensbedingungen.
- Verletzung von Art. 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde) in Verbindung mit Art. 3 EMRK durch Griechenland aufgrund der Mängel des Asylverfahrens.
- Verletzung von Art. 3 EMRK durch Belgien aufgrund der Abschiebung nach Griechenland in Kenntnis der mangelhaften griechischen Aufnahme-, Haft- und Verfahrensbedingungen für Asylsuchende.
- Verletzung von Art. 13 EMRK in Verbindung mit Art. 3 EMRK durch Belgien, weil in Belgien kein wirksamer Rechtsschutz gegen die Überstellung nach Griechenland im Dublin-Verfahren gegeben war.

Zwei Tage später sah sich das Bundesinnenministerium genötigt, per Erlass Rücküberstellungen nach Griechenland vorläufig für ein Jahr auszusetzen und in allen Fällen den Selbsteintritt Deutschlands zu erklären. Diese Regelung wurde bereits mehrmals verlängert und wird auch noch auf unbestimmte Zeit Gültigkeit haben, da sich die Situation in Griechenland seitdem nicht wesentlich gebessert hat. Zudem wurde zum 6. September 2013 eine Regelung in § 34a Asylverfahrensgesetz zur effektiven Beschwerdemöglichkeit bei Dublin-Überstellungen aufgenommen – bis zu diesem Zeitpunkt war es auch in Deutschland nicht möglich, sich gegen eine Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat gerichtlich zu wehren. Dies geschah auch im Hinblick auf eine Entscheidung des EuGH vom 21. Dezember 2011, der die dargestellte Entscheidung des EGMR stützte und entschied, dass „ein Asylbewerber nicht an einen Mitgliedstaat überstellt werden darf, in dem er Gefahr läuft, unmenschlich behandelt zu werden.“ Weiter heißt es: „Das Unionsrecht lässt keine unwiderlegbare Vermutung zu, dass die Mitgliedstaaten die Grundrechte der Asylbewerber beachten.“ Auf europäischer Ebene führte die Entscheidung dazu, dass die Dublin III-Verordnung nun eine Vorschrift enthält, nach der nicht in einen Mitgliedstaat überstellt werden darf, der in seinem Asylverfahren und in seinen Aufnahmebedingungen systemische Schwachstellen aufweist, die den Asylsuchenden der Gefahr einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung im Sinne des Art. 3 EMRK aussetzen.

Soweit die Theorie. Aber nicht nur in Griechenland, auch in anderen EU-Staaten finden Schutzsuchende unsägliche Lebensbedingungen vor. In Italien und Bulgarien sind Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge weitgehend sich selbst überlassen. Sie bekommen nicht einmal eine Unterkunft zur Verfügung gestellt, was für viele Menschen Obdachlosigkeit bedeutet. Ganz aktuell hält die Internationale Juristenkommission (ICJ) in ihrem Bericht „„Undocumented“ justice for migrants in Italy“ das italienische Rechtssystem für „in-akzeptabel fehlerhaft und nicht in der Lage, einen effektiven Rechtsschutz für Migranten zu gewähren“. Hier hatte der EGMR in der Sache „Tarakhel gegen Schweiz“ darüber zu entscheiden, ob zumindest die Rücküberstellung einer Familie mit minderjährigen Kindern von der Schweiz nach Italien auszusetzen ist. Mit Urteil vom 4. November 2014 stellte der EGMR fest, dass Artikel 3 (das Verhindern von unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung) EMRK verletzt würde, wenn die Ämter der Schweiz die Familie gemäß Dublin-Vereinbarung nach Italien abschieben, ohne vorher die Garantie der italienischen Ämter zu erhalten, dass Familien nicht getrennt und in Einrichtungen untergebracht würden, die dem Alter der Kinder angemessen seien. In anderen Ländern wie Ungarn, Polen und Zypern werden Flüchtlinge systematisch inhaftiert. Trotzdem finden weiterhin Rücküberstellungen in diese Länder statt. Nur im Einzelfall verhindern Verwaltungsgerichte eine Rückkehr in Obdachlosigkeit, fehlende soziale Versorgung und Haft. Die EU, die sich laut Vertrag von Amsterdam als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ sieht, zeugt damit ihren eigenen Wertvorstellungen Hohn. Die Gerichte müssen geraderücken, was die Politik versäumt oder sogar aktiv angerichtet hat.

Dies verdeutlicht auch die Abwehr an den Außengrenzen. Lange Zeit war es Praxis, Flüchtlingen, die in Booten das Mittelmeer überquerten, um nach Europa zu gelangen, an der Weiterfahrt zu hindern und sie an die nordafrikanische Küste zurück zu schleppen. Somit wurde ihnen die Möglichkeit verwehrt, auf europäischem Boden einen Asylantrag zu stellen. Viele Mitgliedstaaten, explizit auch die Bundesregierung, vertraten die Auffassung, dass der in der Genfer Flüchtlingskonvention niedergelegte und auch indirekt in der EMRK enthaltene Grundsatz des Verbots einer Zurückweisung (Refoulement-Verbot) „erst bei territorialem Gebietskontakt, also an der Grenze und im Landesinnern“ gelte. Dem ist der EGMR mit dem wegweisenden Urteil vom 23. Februar 2012 entgegengetreten. Auf die Klage von 24 Flüchtlingen, die im Mai 2009 südlich von Lampedusa von der italienischen Küstenwache aufgegriffen und nach Libyen zurückgebracht worden waren, wurde Italien wegen Verletzung der EMRK und Missachtung des Refoulement-Verbots verurteilt. Die EMRK garantiere jedem Menschen, der Schutz vor Menschenrechtsverletzungen suche, den Zugang zu einem individuellen Prüfverfahren. Das Refoulement-Verbot sei auch auf Hoher See zu beachten. Damit sei die Küstenwache verpflichtet gewesen, die Schutzsuchenden nach Italien zu bringen, da ein Asylantrag aus praktischen Gründen nur auf dem Territorium eines Vertragsstaates durchgeführt werden könne und nicht auf einem Schiff auf Hoher See.

Diese für den Asylschutz so wichtigen Urteile des EuGH und des EGMR sind nicht zuletzt ein Erfolg zivilgesellschaftlicher Akteure. Die auf Grund der Urteile positiven, wenn auch

ganz und gar unzureichenden, Veränderungen der EU-Asylpolitik wären nicht möglich gewesen ohne das Engagement von Pro Asyl, kritischen Journalisten, Kirchen, Menschenrechts- und Anwaltsgruppen, die beharrlich die menschenrechtlichen Defizite des Umgangs mit Asylsuchenden in Griechenland, Italien, Ungarn und Bulgarien dokumentiert und vor diesem Hintergrund gegen das Dublin-System protestiert haben. Die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, politische Lobbyarbeit und Vernetzung gleichgesinnter Kräfte der Zivilgesellschaft war also nicht umsonst und muss fortgesetzt werden, damit der tausendfache Tod von Flüchtlingen im Mittelmeer und der würdelose Umgang mit Flüchtlingen, die es bis Europa geschafft haben, ein Ende findet.

Birgit Naujoks, Juristin, arbeitet seit 2009 beim Flüchtlingsrat NRW und ist seit September 2011 dort Geschäftsführerin. Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit sammelte sie zuvor bereits durch Projekte und ehrenamtliches Engagement.

Links dazu:

Informationen zum GEAS

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/06/europaeisches-asylsystem.html>

Dublin-Memorandum

http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/STARTSEITE/Memorandum_Dublin_deutsch.pdf

EGMR, Urteil vom 21.01.2011 (M.S.S. gegen Griechenland und Belgien)

[http://www.asyl.net/index.php?id=185&tx_ttnews\[tt_news\]=41666&Hash=205cb3b27e368b523fc7c9ca13465f7d](http://www.asyl.net/index.php?id=185&tx_ttnews[tt_news]=41666&Hash=205cb3b27e368b523fc7c9ca13465f7d)

EuGH, Urteil vom 21.12.2011 (Az.: C-411/10 und C-493/10)

[http://www.asyl.net/index.php?id=185&tx_ttnews\[tt_news\]=44528&Hash=9eca81525d608d9846c95b55735c7f6](http://www.asyl.net/index.php?id=185&tx_ttnews[tt_news]=44528&Hash=9eca81525d608d9846c95b55735c7f6)

EGMR, Urteil vom 23.02.2012 (Hirsi u.a. gegen Italien) (englisch)

<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-117695#%7B%22languageisocode%22:%5B%22ENG%22%5D,%22appid%22:%5B%2227765/09%22%5D,%22documentcollectionid%22:%5B%22GRANDCHAMBER%22%5D,%22itemid%22:%5B%22001-109231%22%5D%7D>

EGMR, Urteil vom 04.11.2014 (Tarakhel gegen Schweiz) (englisch)

<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/Pages/search.aspx#%7B%22languageisocode%22:%5B%22ENG%22%5D,%22documentcollectionid%22:%5B%22JUDGMENTS%22%5D,%22itemid%22:%5B%22001-148070%22%5D%7D>

Lesetipp

Gilles Reckinger

Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas

Wuppertal, Edition Trickster im Peter Hammer Verlag 2013, 2.Aufl., 228 S.

Lampedusa – Festung Europa, Morde und Tote, dramatische Rettungsaktionen, Ziel der ersten Reise von Papst Franziskus. Was ist das für eine Insel und welches Bild von ihr konstruieren Medien? Wie leben die Menschen dort? Wie verhalten sie sich zu den Flüchtlingen? Wie wirkt die Abschottungspolitik Italiens und Europas? – Der Luxemburger Kulturanthropologe Gilles Reckinger beschäftigt sich seit 2008 mit Lampedusa und legt seine aufmerksamen Beobachtungen in dem sehr wichtigen und spannend lesbaren Buch nieder. Seit seiner Kindheit sind ihm Grenzen fremd, selber groß geworden „in einem kleinen Dorf in Luxemburg, einen Steinwurf von Belgien entfernt, mitten in Europa“. Ein „Mensch des Dazwischen“. In der „scheinbaren Verworrenheit unserer Welt und Zeit“ plädiert er, dass „künftig häufiger langsam geschaut wird“. Auch dafür ist das Buch ein Lehrstück. (Hartmut Dreier)

Gebremeskel Fesseha

Exodus unserer Kinder

ZWURF

In den Straßen eritreischer Städte sieht man täglich Menschen vor bestimmten Häuserwänden stehen, um dort die neuesten, privat angehefteten Nachrichten über junge Menschen zu lesen, die beim Versuch, Sudan, Libyen und das Mittelmeer zu durchqueren, den Tod fanden. Freunde und Öffentlichkeit werden zur Trauerfeier ins Haus der Verstorbenen gebeten. Diese Szenen geben einen tiefen Einblick in die eritreische Lebensrealität. Wo auch immer sich Menschen treffen, im Bus, bei der Arbeit oder zu Hause, in Stadt und Land, sind die Tragödien der Abwanderung ein dominierendes Thema. Reale Erzählungen mischen sich dabei mit Gerüchten. Legale und illegale Migration erfassen mittlerweile alle ökonomischen und Bildungsschichten.

Als Angehöriger eines von Migration schwer betroffenen Volkes will ich nicht auf Aussagen internationaler Forscher eingehen, die im Internet einsehbar sind, oder mich bei manchen einseitigen Berichten von NGOs aufhalten, die von emotionaler Erschütterung oder politischer Agenda zeugen. Stattdessen bemühe ich mich, aus meinem Erleben und Reflektieren heraus ein realitätsnahes Bild der Stimmung in unserer Bevölkerung zu geben.

Wer wird für die Problematik verantwortlich gemacht? Im Fokus steht oft, intern wie international, die eritreische Regierung. Ihr werden schlechte Regierungsführung, mangelnde Entschlusskraft und Fehler im Entwicklungsmanagement vorgeworfen. Ein besonders dringendes Problem bildet der National Service. Er wird durchaus akzeptiert in seiner Form von 1994, als die Dauer auf ein halbes Jahr Militärausbildung plus ein Jahr zivile Arbeit begrenzt war. Auch haben sich die Lebensbedingungen in Sawa, dem zentralen Ort des National Service, gegenüber den Härten der Anfangszeit verbessert. Was aber stark kritisiert wird, ist seine unklare, als willkürlich empfundene Dauer für Teile der Jugend. Wer nicht genug Punkte im Abschlussexamen erhält, um einen Studienplatz zu bekommen, und auch keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz im beruflichen Bereich findet, wie auch derjenige, der Studi-

um oder Ausbildung vorzeitig abbricht, kann wieder zum Militär eingezogen werden. Die Auffassung ist verbreitet, dass die Regierung diesen jungen Menschen keine Perspektive im Land geschaffen hat. Von den UN verhängte Sanktionen und andere externe Faktoren haben eine schwierige Wirtschaftslage weiter verschlimmert. Ob derzeitige Investitionen in den Abbau von Metallen und Pottasche die Lage vieler Menschen verbessern werden, bleibt abzuwarten.

Eltern junger Migranten tragen aus Sicht Andersdenkender eine Mitschuld; sie ermutigen ihre Kinder und bezahlen die Ausreise, weil sie hoffen, dass diese vom Ausland aus die Familie unterstützen werden. Diese Einstellung geht auf die Geschichte eritreischer Migration zurück: Generationen sind bei Missernten, Kriegen oder auf der Suche nach Arbeits- und Ausbildungschancen in die arabischen oder die hoch entwickelten Länder migriert. Aktuell überdecken vereinzelt Erfolgsgeschichten in Dubai, Ruanda oder Südsudan, dass mit den heutigen kriminellen Formen des Trafficking und den globalen Krisen die Migrationsrisiken immens gestiegen sind, während die Erfüllung der Träume sehr unwahrscheinlich wurde.

Schließlich werden den Migranten selbst Eskapismus, mangelnde Ausdauer und Geringschätzung der Fortschritte vorgeworfen, die trotz allem erreicht wurden. „Sie betrachten das heimische Gold, als seien es billige Kleider“, sagt dazu ein Sprichwort. Den entscheidenden Impuls zur illegalen Ausreise geben oft Gleichaltrige. Bereits Entschlossene überreden unerfahrene Bekannte zur Mitreise, auch mit falschen Versprechungen. Nicht wenige verdienen daran.

Laut eritreischer Regierung trifft die USA die Hauptschuld an der Abwanderung, weil sie das Land in strategisch wichtiger Lage destabilisieren will. Jugendliche wurden z.B. durch die Verlosung von Greencards im Internet zur Ausreise motiviert. Eritreischen Staatsbürgern wird relativ großzügig die Einreise bewilligt, evangelikale Sekten boten Hilfe an. Zwangsmaßnahmen der eritreischen Behörden, die Abstempe lung illegal Ausgereister als „Verräter“ oder Strafen für Familien haben die Migration nicht vermindert, im Gegenteil. Auch von außen kommende Polemik hilft nicht weiter. Notwendig sind jetzt offene, realistische Diskussionen auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Von den Ländern, die unsere überlebenden Kinder schließlich erreichen, erhoffen wir eine humane Politik: Hilfen zur physischen und psychischen Erholung, menschenwürdige Wohnungen, Möglichkeiten, zu arbeiten, sich weiterzubilden und zu integrieren, und, generell, Respekt vor ihrer Menschenwürde.

Eine Lösung der Flüchtlingsproblematik setzt grundsätzlich voraus, dass sich die Länder des Nordens und des Südens gleichberechtigt begegnen.

Alfred Polgar

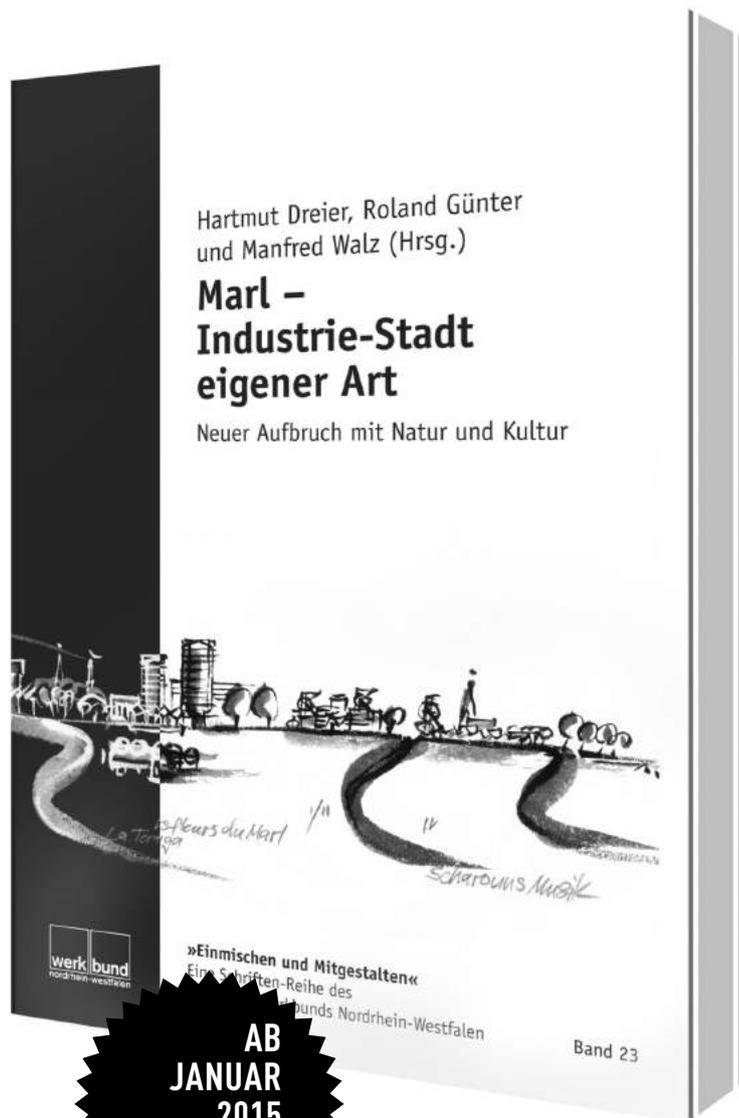
Flüchtlinge Zu einem Gegenwartsthema (1938)

Flüchtlinge in Menge, besonders wenn sie kein Geld haben, stellen ohne Zweifel die Länder, in denen sie Zuflucht suchen, vor heikle materielle, soziale und moralische Probleme. Deshalb beschäftigen sich internationale Verhandlungen, einberufen, um die Frage zu erörtern: „Wie schützt man die Flüchtlinge?“ vor allem mit der Frage: „Wie schützen wir uns vor ihnen?“

Oder, durch ein Gleichnis ausgedrückt: Ein Mensch wird hinterrücks gepackt und in den Strom geschmissen. Er droht zu ertrinken. Die Leute zu beiden Seiten des Stroms sehen mit Teilnahme und wachsender Beunruhigung den verzweifelten Schwimmversuchen des ins Wasser Geworfenen zu, denkend: wenn er sich nur nicht an unser Ufer rettet!

Abel, wenn er vor den Mordabsichten seines Bruders Kain geflohen wäre, hätte als Emigrant bittere Unannehmlichkeiten zu erdulden gehabt. Er wäre sein Leben lang in der Welt herumgelaufen mit dem Abel-Zeichen auf der Stirn.

Gebremeskel Fesseha, Sozialwissenschaftler, lebt in Eritrea. Er arbeitete für die Weltbank, die eritreische Regierung und Hilfsorganisationen. Schwerpunkte seiner Tätigkeit: Förderung verwaister Kinder, Behindertenpolitik, Flüchtlinge. – Übersetzt aus dem Englischen von Johanna Fleischhauer



**AB
JANUAR
2015
LIEFERBAR**

HARTMUT DREIER / ROLAND GÜNTER
MANFRED WALZ (HG.)



Marl – Industrie-Stadt eigener Art

**Neuer Aufbruch mit
Natur und Kultur
»Einmischen und Mitgestalten«**

**Schriften-Reihe des Deutschen Werkbunds
Nordrhein-Westfalen Band 23**

Marl war Beispielstadt für die Zukunft des Ruhrgebiets im »Wirtschaftswunder«. In der Werkstatt 2012 des »Deutschen Werkbunds Nordrhein-Westfalen« berichten Zeitzeugen vom Aufbruch der Industriestadt. Mit Engagement und viel Geld warb der damalige Bürgermeister beste Architekten und Künstler. Sie schufen z. B. mit »Insel«, Rathaus, Paracelsusklinik und Scharoun-Schule herausragende »Ikonen« der Moderne für die Entwicklung zur Stadt. 2015 schließt die letzte Zeche in Marl. Hier wird versucht, mit den Marlern und den »Schätzen« der Stadt neue tragfähige Impulse für Stadt und Ortsteile – mit der Landschaft – zu schaffen.

→ ca. 190 Seiten, broschiert,
ca. 19,95 Euro, ISBN 978-3-8375-1365-3

Noam Chomsky – 1. August 2014 – Auszug aus „Outrage-re-Gaza“

„Normalität“ in Gaza und Westbank – ungeheuerlich

Die Normalität im Westjordanland besteht darin, dass Israel seinen illegalen Bau von Siedlungen und Infrastruktur fortsetzt, um sich, was immer ihm wertvoll erscheint, einzuverleiben, während es den Palästinensern nicht lebensfähige Kantone zuweist und sie einer intensiven Unterdrückung und Gewalt unterwirft.

Seit 14 Jahren ist es Normalität, dass Israel jede Woche zwei palästinensische Kinder tötet. Der jüngste israelische Amoklauf wurde durch den brutalen Mord an drei israelischen Jungen aus einer Siedlergemeinde im Westjordanland ausgelöst. Einen Monat zuvor waren zwei palästinensische Jungen im Westjordanland erschossen worden. Dies rief keine Aufmerksamkeit hervor, was verständlich ist, weil es [Besatzungs-]Alltag ist. „Die institutionalisierte Missachtung des palästinensischen Lebens im Westen hilft, nicht nur den Rückgriff der Palästinenser auf Gewalt zu begreifen“, berichtet der geachtete Nahost-Analytiker Mouin Rabbani, „sondern auch Israels jüngsten Angriff auf den Gazastreifen“.

„Ruhe für Ruhe“ hat Israel auch ermöglicht, sein Programm der Trennung Gazas vom Westjordanland umzusetzen. Dieses Programm ist rigoros vorangetrieben worden, immer mit amerikanischer Hilfe, seit die USA und Israel die Oslo-Vereinbarungen akzeptierten, in denen die zwei Landesteile (noch) zu einer untrennbaren territorialen Einheit erklärt wurden.

Ein Blick auf die Karte erklärt das Grundprinzip. Gaza stellt Palästinas einzigen Zugang zur Außenwelt dar. Sind die zwei Teile also getrennt, würde jede Form der Autonomie, die Israel den Palästinensern im Westjordanland zugestehen könnte, sie effektiv einsperren zwischen feindlichen Staaten: Israel und Jordanien. Die Einsperrung wird umso schlimmer, als Israel sein Programm der systematischen Vertreibung der Palästinenser aus dem Jordan-Tal und des Baus von israelischen Siedlungen dort fortsetzt, während es sich der „Ruhe für Ruhe“ erfreut.

Die Normalität in Gaza wurde detailliert vom heroischen norwegischen Unfallchirurgen Mads Gilbert beschrieben, der [in früheren Jahren] während Israels grausamster Verbrechen in Gazas Haupt-Krankenhaus gearbeitet hatte und anlässlich des gegenwärtigen Gemetzels zurückkehrte. Im Juni 2014 übermittelte er einen Bericht über den Gaza-Gesundheitssektor an UNWRA, die UNO-Organisation, die sich ohne nennenswerte Finanzmittel verzweifelt um die Flüchtlinge kümmert.

„Mindestens 57% der Haushalte in Gaza verfügen nicht über ausreichend Lebensmittel und etwa 80% sind von Hilfslieferungen abhängig“, so Gilbert. „Nahrungsmittelmangel und zunehmende Armut bedeuten auch, dass die meisten Menschen nicht ihren täglichen Kalorienbedarf decken können. Gleichzeitig wird über 90% des Wassers als ungeeignet für den menschlichen Konsum eingestuft“, eine Situation, die

sich noch verschlimmert, weil Israel wieder die Wasser- und Abwassersysteme angreift, was für über eine Million Menschen noch gravierendere Störungen der grundlegenden Lebensvoraussetzungen zur Folge hat. Gilbert berichtet, dass „palästinensische Kinder fürchterlich leiden. Ein großer Teil von ihnen ist von menschengemachter Mangelernährung betroffen, die durch Israels Blockade verursacht wird. Die Verbreitung von Anämie bei Kindern unter 2 Jahren beträgt 72,8 Prozent, während die Verbreitung von Schwindsucht, Unterentwicklung, Untergewicht bei 34,3, 31,4 und 31,45 Prozent liegt.“ Und der Bericht wird fortschreitend immer schlimmer.

Rückzug aus dem Gazastreifen 2005

Die Pläne für diese Normalität in Gaza wurden unumwunden von Dov Weissglass, einem Vertrauten von Ariel Sharon, erläutert, der den Rückzug israelischer Siedler aus dem Gazastreifen 2005 verhandelte. Dieser Rückzug, der in Israel und von seinen Anhängern und Irregeleiteten anderswo als großzügige Geste bejubelt wurde, war in Wirklichkeit ein sorgfältig inszeniertes „nationales Trauma“, das von informierten israelischen Kommentatoren entsprechend lächerlich gemacht wurde, unter ihnen der führende, mittlerweile verstorbene israelische Soziologe Baruch Kimmerling.

Tatsächlich erkannten israelische Falken, angeführt von Sharon, dass es durchaus Sinn machte, die völkerrechtswidrigen Siedler aus ihren subventionierten Gemeinden im zugrunde gerichteten Gazastreifen, wo sie zu ausufernden Kosten ausgehalten wurden, in subventionierte Siedlungen in den anderen besetzten Gebieten, die Israel zu behalten gedenkt, zu transferieren. Aber anstatt sie einfach umzusiedeln, was leicht zu bewältigen gewesen wäre, machte es ganz klar mehr Sinn, der Welt Bilder von kleinen Kindern zu präsentieren, die Soldaten anflehten, nicht ihre Häuser zu zerstören, inmitten von „Nie-wieder“-Rufen mit der unvermeidlichen [Holocaust-] Assoziation. Was diese Farce noch durchschaubarer machte, war die Wiederholung des inszenierten Traumas von 1982,

Lesetipps zu Palästina

Helga Baumgarten

Kampf um Palästina. Was wollen Hamas und Fatah?
Herder, Freiburg 2013, 223 S.

Khaled Hroub

Hamas. Die islamische Bewegung in Palästina
Aus dem Englischen von Michael Schiffmann
Palmyra Verlag, 256 S., Broschur

Arn Strommeyer

Das unheilvolle Dreieck. Deutschland, Israel und die Palästinenser
Gabriele Schäfer Verlag, Herne

Dar al Janub

Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative
Remapping Palestine. Entwicklung und Absicherung imperialer und neokolonialer Herrschaft am Beispiel Palästinas – Teil 1
Books on Demand – ca. 160 S. – kart./brosch.

als Israel den ägyptischen Sinai räumen musste. Aber sie war sehr wirkungsvoll für das anvisierte Publikum zu Hause und im Ausland.

Weissglass lieferte seine eigene Sicht des Siedlertransfers: „Mit den Amerikanern habe ich mich klipp und klar darauf geeinigt, dass über die größeren Siedlungsblöcke des Westjordanlandes überhaupt nicht verhandelt wird, und über den Rest wird verhandelt, wenn die Palästinenser zu Finnen geworden sind“ – aber zu einer speziellen Sorte von Finnen, die die Herrschaft einer fremden Macht hinnehmen würde. „Die Bedeutung [dieser Vereinbarung] besteht im Einfrieren des politischen Prozesses“, fuhr Weissglass fort. „Und solange er eingefroren ist, kommt es nicht zur Bildung eines palästinensischen Staates und auch nicht zu einer Diskussion über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem. Kurz, das ganze Paket namens „Palästinensischer Staat“ – mit allem was dazugehört – ist für unbegrenzte Zeit von der Tagesordnung. Und all dies mit der Autorität und der Erlaubnis des amerikanischen Präsidenten [George W. Bush] und der Absegnung durch beide Häuser des [amerikanischen] Kongresses.“

Weissglass erläuterte weiter, dass die Gaza-Bewohner „auf Diät“ bleiben sollten, „aber so, dass sie nicht Hungers sterben müssen“ – was Israels verblassender Reputation nicht helfen würde. Mit ihrer vielgepriesenen technischen Effizienz bestimmten israelische Experten ganz genau, wie viele Kalorien pro Tag die Menschen in Gaza zum nackten Überleben benötigen.

Gleichzeitig wurden ihnen Arznei- und andere Mittel für ein anständiges Leben vorenthalten. Das israelische Militär sperrte sie – so ganz richtig der britische Premierminister David Cameron – in ein Gefangenenlager, das von Land, Luft und See her verschlossen ist. Der israelische Rückzug ließ Israel die totale Kontrolle über Gaza, folglich bleibt Israel gemäß Völkerrecht Besatzungsmacht. Und um die Gefängnismauern noch undurchdringlicher zu machen, versperrte Israel den Palästinensern einen breiten Streifen längs der Grenze, der ein Drittel ihres knappen nutzbaren Bodens umfasst. Die Rechtfertigung dafür ist Israels Sicherheit, die genauso erreicht werden könnte durch die Errichtung dieser Sicherheitszone auf der israelischen Seite der Grenze oder noch besser: durch die Beendigung der barbarischen Besatzung und anderer Strafmaßnahmen.

Die offizielle Version lautet, dass die Palästinenser, nachdem Israel ihnen huldvoll Gaza übergeben habe in der Hoffnung, dass sie ein blühendes Gemeinwesen errichten würden, ihre wahre Natur zeigten, indem sie Israel unaufhörlichen Raketenangriffen aussetzten und die eingesperrte Bevölkerung zwangen, Märtyrer zu werden, nur um Israel in ein schlechtes Licht zu rücken. Die Wirklichkeit sieht allerdings ziemlich anders aus.

Wahlsieg der Hamas in den besetzten Gebieten 2006

Wenige Wochen nach dem Truppenrückzug, der – wie gesagt – die Besatzung keineswegs beendete, begingen die Palästinenser ein schweres Verbrechen. Im Januar 2006 wählten sie bei einer sorgfältig überwachten Wahl „falsch“ und bescherten der Hamas die Mehrheit im Parlament. Die Medi-

en werden nicht müde zu betonen, dass die Hamas sich zum Ziel gesetzt hat, Israel zu zerstören. In Wirklichkeit haben ihre Führer wiederholt und explizit klargestellt, dass Hamas eine Zwei-Staaten-Lösung gemäß dem internationalen Konsens akzeptiert, der seit 40 Jahren von den USA und Israel unterlaufen wird. (...)

Es ist wahr, Israel hat die von Präsident Bush initiierte Road Map akzeptiert, die zur Zwei-Staaten-Lösung führen sollte. Sie wurde vom [Nahost-]Quartett – USA, EU, UNO und Russland – übernommen, das die Aufsicht über ihre Realisierung übernahm. Aber bei der Annahme der Road Map fügte Premierminister Sharon ihr 14 Einschränkungen hinzu, die sie praktisch aufhoben. Diese Fakten waren Aktivisten bekannt, aber einer breiteren Öffentlichkeit wurden sie erst durch Jimmy Carters Buch „Palästina: Frieden, nicht Apartheid“ enthüllt. In Medien-Berichterstattung und -kommentaren werden sie weitgehend totgeschwiegen.

Das seit 1999 unveränderte Programm von Israels regierende Partei, Netanyahus Likud, „lehnt die Errichtung eines palästinensischen arabischen Staates westlich des Jordans entschieden ab“. Und für diejenigen, die zwanghaft auf bedeutungslosen Chartas herumreiten: Der Kern des Likud, Menahem Begins Cherut-Partei, muss sich immer noch von seiner Gründungsdoktrin verabschieden, nämlich dass das Territorium auf beiden Seiten [!] des Jordans Teil des Landes Israel sei.

Das „Verbrechen“ der Palästinenser (die Wahl der Hamas) vom Januar 2006 wurde sofort bestraft. Die USA und Israel, Europa schändlicherweise im Schlepptau, verhängten harte Sanktionen gegen die irgeleitete Bevölkerung, und Israel verschärfte seine Gewaltpolitik. Bis zum Juni [2006], als die Angriffe eskalierten, hatte Israel bereits mehr als 7.700 (155 mm) Granaten auf den Norden des Gazastreifens abgeschossen.

Geplanter Militärputsch gegen die gewählte Hamas 2007

Die USA und Israel entwickelten rasch Pläne für einen Militärputsch, um die gewählte Regierung zu stürzen. Als die Hamas die Frechheit besaß, diese Pläne zu vereiteln, wurden die israelischen Angriffe und die Belagerung erheblich intensiviert. (...)

Es erübrigt sich wohl, die schauerliche Bilanz der Ereignisse noch einmal Revue passieren zu lassen. Die erbarmungslose Belagerung und die barbarischen Angriffe werden unterbrochen durch Phasen des „Rasenmähens“, um Israels neckischen Ausdruck für seine periodischen Übungen im „Fische-im-Teich-Schießen“ zu verwenden, während des von ihm so genannten „Verteidigungskriegs“. Sobald der Rasen gemäht ist und die verzweifelte Bevölkerung sich irgendwie von der Verwüstung und den Morden zu erholen versucht, gibt es einen Waffenstillstand. Solche Waffenstillstände wurden, wie Israel selber zugibt, von der Hamas regelmäßig eingehalten, bis Israel sie mit erneuter Gewalt verletzte.

Der jüngste Waffenstillstand wurde nach Israels Angriff im November 2012 geschlossen. Obwohl die Besatzungs-

macht ihre verheerende Belagerung aufrechterhielt, hielt sich Hamas an die vereinbarte Waffenruhe, wie israelische Offizielle zugeben. Die Situation änderte sich im Juni, als Fatah und Hamas ein Einheitsabkommen beschlossen, das zur Bildung einer neuen Regierung von Technokraten ohne [personelle] Beteiligung von Hamas führte und sämtlichen Forderungen des Nahost-Quartetts nachkam. Israel war natürlich erobert, umso mehr, als sogar die USA ihre Zustimmung signalisierten. Das Einheitsabkommen unterlief nicht nur Israels Behauptung, es könne nicht mit einem gespaltenen Palästina verhandeln, sondern stellte auch Israels langfristiges Ziel in Frage, Gaza vom Westjordanland zu trennen und seine destruktive Politik in beiden Regionen fortzusetzen.

Israels achtzehntägiger Amoklauf im Westjordanland

Irgendwas musste geschehen, und eine Gelegenheit dazu bot sich kurz darauf, als die drei israelischen „Jungen“ im Westjordanland umgebracht wurden. Die Netanyahu-Regierung wusste zwar sofort, dass sie tot waren, gab dies aber nicht zu, was Anlass für einen Amoklauf lieferte, der auf Hamas abzielte. Netanyahu behauptete, über sicheres Wissen zu verfügen, dass Hamas verantwortlich sei. Auch dies war eine Lüge, die schon frühzeitig als solche erkannt wurde. Es gab nicht einmal die Vortäuschung eines Beweises. Einer von Israels führenden Hamas-Experten, Shlomi Eldar, berichtete fast sofort, dass die Mörder vermutlich einem dissidenten Clan in Hebron entstammen, der lange schon ein Stachel im

Fleisch der Hamas ist. Eldar fügte hinzu: „Ich bin mir sicher, dass sie kein grünes Licht von der Führung der Hamas bekommen haben. Sie dachten halt, dass die Zeit zu handeln gekommen sei.“ (...)

Mit dem 18-tägigen Amoklauf gelang es indes, die gefürchtete Einheitsregierung zu unterminieren und die israelische Repression zu verschärfen. Nach Angaben des israelischen Militärs nahmen israelische Soldaten 419 Palästinenser fest, darunter 335 Hamas-Angehörige, und töteten sechs Palästinenser. Darüber hinaus durchsuchten sie Tausende Objekte und konfiszierten Bargeld und Eigentum im Werte von 3 Millionen Dollar. In Gaza wurden Dutzende Angriffe durchgeführt, wobei allein am 7. Juli fünf Hamas-Mitglieder ermordet wurden.

Schließlich reagierte Hamas mit den ersten Raketen seit 19 Monaten – so offizielle israelische Stellen –, die Israel den Vorwand lieferten für die ab 8. Juli 2014 folgende „Schützende Front“ – den 51-tägigen Angriff auf den Gaza-Streifen.

Avram Noam Chomsky, Jg. 1928, emerit. Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology; Publizist, u.a. Kapitalismus- und Globalisierungskritiker

Übersetzung: Jürgen Jung / Redaktion: Eckhard Lenner

Kürzung und redaktionelle Bearbeitung: uh/AMOS. Der vollständige deutsche Text ist demnächst zu lesen auf www.amos-zeitschrift.eu – oder www.palaestina-portal.de



Wir sind Ihre Bank.

Als erste evangelische Kirchenbank und eine von wenigen Banken in Deutschland setzt die Bank für Kirche und Diakonie – KD-BANK einen Nachhaltigkeitsfilter für ihre eigenen Wertpapieranlagen ein. Alle Kunden, die Spar- oder Termineinlagen bei uns unterhalten, profitieren automatisch vom Nachhaltigkeitsfilter der Bank. Sie können sich sicher sein, dass auch die Kundengelder, die nicht als Kredite an Kirche und Diakonie herausgelegt werden, bestmöglich unter der Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien angelegt werden. Außerdem beraten wir Sie gern bei Ihrer Auswahl nachhaltiger Aktien und festverzinslicher Wertpapiere.

Nähere Informationen: www.KD-BANK.de/Nachhaltigkeitsfilter

Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-BANK
www.KD-BANK.de • Fon 0231-58444-0 • Info@KD-BANK.de



Manfred Walz

Wie wird die Zukunft des Ruhrgebiets geplant?

Mit der Dortmunder Planungsgruppe akoplan haben wir (das sind akoplan unterstützt von AMOS) uns wiederholt eingemischt in den Aufruf des Regionalverbands (RVR), die Zukunft des Ruhrgebiets zu gestalten (siehe auch Berichte in AMOS 1 – 4|2013 und 2+3|2014). Leitlinie und wichtiger Baustein im Rahmen der ruhrgebietsweiten Diskussion war der Ideenwettbewerb mit dem Titel „metropole zukunft ruhr“. Auf Einladung des RVR nahmen 2013 fünf international besetzte, multidisziplinäre Planungsteams teil. Möglichst alle, die im Ruhrgebiet leben, sollten erreicht werden und viele mitwirken.

Wir haben versucht, die Themen Armut und Ausgrenzung von Bewohnern im Ruhrgebiet in diesem regionalen Diskurs unterzubringen. Unser Ziel war und ist, für Taten zu werben gegen die vielerorts erkennbare Abwärtsspirale ganzer Ortsteile. Über kommunale „Kirchtürme“ und alle „Stadtlöcher“ hinweg, die mit den Betriebsschließungen der Industrien (Montanindustrien sowie Bier- und Autoproduktion) gerissen worden sind, die bisher die Regionalentwicklung bestimmt haben.

Der Wettbewerb wurde mit der Präsentation der Ergebnisse auf einem „Zukunftsforum“ im Januar 2014 abgeschlossen. Danach ging die Ausstellung mit den Wettbewerbsergebnissen auf Wanderschaft durch die Städte im Revier. Jetzt ist Zeit, die Diskussion zur Zukunft des Ruhrgebiets erneut zu eröffnen.

Wir haben die Ausstellung Anfang September 2014 als erste für ein paar Tage nach Dortmund geholt und sie – wie wir meinen – in einem besonders passenden Ort gezeigt: im immer noch von Abriss bedrohten ehemaligen Ostwall-Museum. Die Wettbewerbsergebnisse haben wir dort in zwei Werkstattgesprächen einer fachregionalen und lokalen Öffentlichkeit zur Prüfung auf ihre in die Zukunft weisende Substanz vorgelegt – jeweils eingeleitet mit unseren eigenen Positionen.

Im geschärften Blick der eingeladenen Initiativen und VertreterInnen benachteiligter Zielgruppen z.B. zu Mobilität, Miete und Obdachlosigkeit sind die Schwächen und die weißen Flecken des Wettbewerbs deutlich erkennbar geworden. Es wurden aber auch substantiell neue Denkansätze, besondere Stärken und Potenziale sichtbar, die für eine zukünftige Entwicklung sichtbar sind.

Welche waren/sind die Themen, wo sind die größten Probleme, die auf uns bzw. die Region zukommen?

Insbesondere die Entwicklungen von Armut und Ausgrenzung zeigen sich schon lange in einer polarisierten Stadtentwicklung in Quartieren mit BewohnerInnen, die in Wohn- und Lebensqualität, Mobilität und Arbeitsmöglichkeiten benachteiligt sind, hier und besser gestellten dort. Ferner der Rückzug von Einzelhandel und öffentlicher Infrastruktur aus der

Fläche. Es sind insgesamt starke Differenzen zwischen Nord und Süd sichtbar. Darüber hinaus zeigen sich im konkreten Detail Leerstände bei Beständen ehemals sozialer Wohnungen, die gerade von „Wohnungsheuschrecken“ angeeignet wurden oder auch die Leerstände bei Einfamilienhauslagen weiter draußen, die Leerstände bei Geschäften in den Stadtteilzentren ehemals selbständiger Städte (wie Langendreer, Altenessen usw.), die Leerflächen von Großindustrien und Eisenbahn.

Die Wettbewerbsergebnisse gehen darauf im Konkreten nicht oder nur am Rande ein. Die benannten Leerstände und gerissenen „Stadtlöcher“ könnten doch als Potenziale betrachtet und eingesetzt werden! Dies ist ansatzweise versucht, indem in einem Wettbewerbsbeitrag vorgeschlagen wird, experimentelle Quartiere einzurichten – für eine punktuell thematische Entwicklung regionaler Zukunft.

Mit diesem hier und in den Werkstätten vorgeschlagenen Vorgehen einer aktiven Planung gegen Polarisierung und Abwärtsspirale ist wohl wenig Staat – noch weniger „metropole ruhr“ – zu machen, halten wir die Ziele der Wettbewerbsausschreibung dagegen. Es bleibt der Eindruck, dass der Wettbewerb zwei große regionalpolitische Zielsetzungen verfolgt:

Zum einen, die Identitätssuche der Region auf die Wunschvorstellung „Metropole“ auszurichten und diese Suche zum anderen zu verbinden mit einer Strategie, die in der Lage wäre, die Beteiligung der „Ruhris“ zu behaupten – zumindest für die Dauer des Wettbewerbs.

Unser Ziel ist es, eine deutlich bessere und dauernde Lebensqualität der Benachteiligten zu erreichen – dadurch, dass ihre sozialen, zeitlichen und räumlichen Ausgrenzungen zumindest erkannt und bei entsprechend regional-politischem Willen in der Zukunft gemildert werden könnten. Kurz: Unsere Anstrengungen zielen darauf, die wegweisenden Ergebnisse des gesamten Prozesses nicht im bekannten reduzierenden „Kleinarbeiten“ der Anforderungen und Vorschläge, z.B. unter Hinweis auf den 2016 vorzulegenden Regionalen Flächennutzungsplan, leise verdampfen zu sehen.

Und siehe da: Gegen Ende dieses Jahrs wurde – freilich ohne erkennbare Beteiligung des RVR – dieser unser Ansatz in verschiedenen Foren¹ unterschiedlich thematisiert. Das lässt hoffen!

¹ Oktober 2014 in Gelsenkirchen: 18. Konferenz der Planerinnen und Planer „Gerechtigkeitslücken in der Stadtentwicklung? Bildung, Wohnen, Infrastruktur“ November 2014 in Dortmund, Ministerium MAIS/NRW: „Starke Quartiere = Starke Menschen. Armutsbekämpfung im Quartier“. Der Werkstattbericht kann über info@akoplan.de angefordert werden.

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

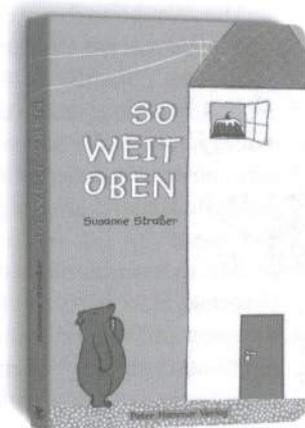
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Neu im Peter Hammer Verlag



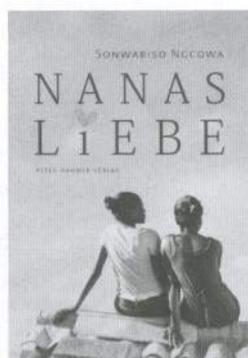
Susanne Straßer

So weit oben

24 Seiten, Pappbilderbuch, ab 2 € 14,90

ISBN 978-3-7795-0498-6

Ganz unten steht der Bär, er hat Hunger.
Ganz oben ist der Kuchen. Schön, süß und
unerreichbar. Doch dann kommen Hund,
Hase, Huhn und Frosch. Ein lustiges Räuber-
leiterbuch auf dicken Pappseiten!



Sonwabiso Ngcowa

Nanas Liebe

Aus dem Englischen und
mit einem Nachwort von
Lutz van Dijk

192 Seiten, gebunden, ab 13 € 14,90
ISBN 978-3-7795-0499-3

Die berührende Geschichte einer
Liebe zwischen zwei Mädchen in
Südafrika.



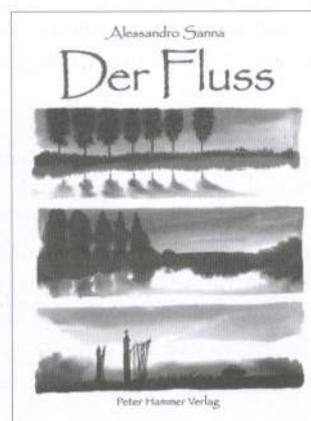
Patrice Nganang

Zeit der Pflaumen

Roman

Aus dem Französischen von
Gudrun und Otto Honke
448 S., gebunden € 26,-
ISBN 978-3-7795-0501-3

Patrice Nganangs Roman setzt im
August 1940 ein, als für Kamerun
der Zweite Weltkrieg beginnt.



Alessandro Sanna

Der Fluss

112 Seiten

gebunden, 24 x 33,5 cm € 29,90
ISBN 978-3-7795-0496-9

Liebeseerklärung an das Leben am Fluss
in Bildern aus Wasser und Licht.



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de